

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 122.

Sonnabend, den 27. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter.

Ende dieser Woche soll die dritte Beratung der Reichsversicherungsordnung beginnen. „Beratung“, wenn man so die Komödie bezeichnen darf, die die bürgerlichen Parteien bei der Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung in zweiter Lesung ausführen. Gegenstände gegen die etwa 200 Verbesserungsanträge, die die Sozialdemokraten gestellt hatten, um aus dem Gesetzentwurf gegen die Arbeiter ein wirklich sozialpolitisches Gesetz für die Arbeiter zu gestalten, kennt die zur Entrechtung der Arbeiter entschlossene Kartellmehrheit des Reichstages nicht. Sie hat die Mehrheit und mißbraucht diese in der unerhörtesten Weise, um durch Niederstimmen aller Verbesserungsanträge statt Sozialpolitik in jame Interessenspolitik zu treiben. Sozialpolitik ist ihr ein Grauel.

War für die bürgerlichen Parteien bei Einführung der Versicherungsgesetzgebung die Entlastung der wohlhabenderen Schichten von der Armenlast und die stärkere Belastung der Arbeiter das treibende Motiv, so offenbarte die zweite Beratung der Paragraphenmasse der Reichsversicherungsordnung klar das Bestreben der jetzigen Mehrheit des Reichstages, die Arbeiter auf dem Gebiete der Versicherung zu entrechteten und die auf Kosten der Arbeitergroßen aufgebaute Arbeiterversicherungsgesetzgebung zu einer Verjüngung einer bürokratischen Unternehmerrückzugstruppe auf Kosten der Arbeiter mißzugestalten. Ja, darüber hinaus zeigte sich als treibendes Motiv für die Beschlüsse der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen klar ihr Haß gegen die Arbeiterklasse. Es ist für das Zentrum bezeichnend, daß gerade dieses überall mitstimmte oder gar die Führung übernahm, wo es sich darum handelte, die Entscheidung über die schmalen Rechte der Arbeiter in die Hand parteiischer Verwaltungsbehörden zu legen, oder wo es gar darauf ankam, die wirksamste Sozialpolitik, die vorbeugende, zu hintertreiben.

Wir erinnern daran, wie das Zentrum alle Anträge niederstimmte, die die Unselbständigkeit der Behörden, welche über die Ansprüche der Arbeiter entscheiden, beseitigen sollten. Versicherungsämter, das heißt von der unteren Verwaltungsbehörde, also vom Landrat und in den kreisfreien Städten vom Magistrat abhängig, durch nichts in ihrer Unabhängigkeit geschützte Behörden, sollen den Unterbau für die Organisation des Versicherungswesens bilden. Diese Polizeibehörden sollen verdrängt werden mit Beisitzern aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Versicherten. Aber die Versicherten-Vertreter sollen nicht auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt werden; gegen dieses Wahlrecht hat das Zentrum gestimmt. Ein ganz kompliziertes Wahlverfahren wurde von der Mehrheit beliebt. Durch ein solches glaubt diese Mehrheit auch den Rest einer Unabhängigkeit und eines Einflusses der Arbeiter aus der Behördenorganisation entfernen zu können. Das komplizierte Wahlverfahren geht dahin: die in den Krankenkassen Versicherten wählen Vertreter zum Ausschuss der Krankenkasse; der Ausschuss wählt einen Vorstand, der nach den verschiedensten Richtungen hin bürokratischer Drangsalterung ausgesetzt ist. Die Vorstandsmitglieder der Krankenkasse wählen die Beisitzer für das Versicherungsamt. Diese Beisitzer bei dem Versicherungsamt wählen dann die Mitglieder der Ausschüsse bei den Invalidenversicherungsanstalten; diese Ausschussmitglieder wiederum haben dann die Vertreter bei den Oberversicherungsämtern zu wählen. Die Vertreter bei den Oberversicherungsämtern endlich wählen die Vertreter für die Landesversicherungsämter und für das Reichsversicherungsamt. Ein kompliziertes indirektes Verfahren, das noch dadurch zuungunsten der Arbeiter verschlechtert ist, daß die Vorstandsmitglieder der Landarbeiterkrankenkassen nicht einmal von den Arbeitern gewählt, sondern von den Kreisaußschüssen und sonstigen Gemeindeverbänden ernannt werden. Für diese außerordentliche Verschlechterung der Organisation trat auch das Zentrum ein. Es trat für die weitere Verschlechterung des Verfahrens in Unfallsachen ein, ja, es stimmte sogar dagegen, daß Arbeitersekretäre die Versicherten in allen Lagen vertreten dürfen, und es stimmte dagegen, daß die Arbeitervertreter in der von den Sozialdemokraten beantragten Weise zur Minderung der Unfälle bei den Berufsgenossenschaften zugezogen werden sollten.

Der Haß gegen die Arbeiter tritt außer in der Entrechtung der Landarbeiter am klarsten in jenen Bestimmungen zutage, die die Vorbeugung

von Erkrankungen, Erwerbsunfähigkeiten und Unfällen verhindern. Welch sozialpolitischer Tiefstand drückt sich in der Vorschrift aus, die dem Reichsversicherungsamt verbietet, Unfallverhütungsvorschriften für landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, die selbst Unfallverhütungsvorschriften nicht erlassen, ins Leben zu rufen. Welch infernalisches Haß gegen leidende Arbeiter atmet der § 1341, der den Versicherungsangestellten das selbständige Recht auf Errichtung von Heilanstalten aus der Hand schlägt. Bezeichnend war es, wie der Zentrumsabgeordnete Hize gar noch diese Bestimmung rechtfertigte. In kurzen Worten ging seine Argumentation dahin: ostelbische und niederbayerische Versicherungsanstalten, die keine Heilanstalten errichtet haben, konnten ihre gesetzlichen Leistungen nicht erfüllen. Dieser — in der Tat durch die Luderhaftigkeit der Verwaltung dieser Versicherungsanstalten bewirkte — Mißstand hatte im Jahre 1899 dazu geführt, eine Gesamtlast und eine Sonderlast bei den Versicherungsanstalten einzuführen, und durch diese Einrichtung die besser situierten Versicherungsanstalten zur Mitunterhaltung der schlecht verwalteten ostelbischen und niederbayerischen Anstalten zu zwingen. Nun, meinte der Abgeordnete Hize, haben lediglich die gutsituierten Versicherungsanstalten Heilanstalten errichtet. Damit sie aber, die stets leistungsfähig gewesen sind, nicht etwa in die Lage kämen, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachzukommen, müßten sie unter behördliche Kontrolle bei der Errichtung von Heilanstalten gestellt werden. Ein Gesetzgeber, dem nicht der letzte Funken sozialen Empfindens geschwunden ist, würde umgekehrt erklärt haben: weil jene ostelbischen und niederbayerischen Anstalten bis jetzt Heilanstalten noch nicht errichtet haben, müssen sie durch das Gesetz zur Errichtung solcher gezwungen oder aber aufgehoben und mit anderen Anstalten verschmolzen werden, nicht aber die Anstalten, die ihrer sozialen Pflicht genügt haben, gehindert werden, ihr weiter nachzukommen.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Den ersten Teil der Freitagsitzung des Reichstages füllte im wesentlichen die dritte Lesung der elsäß-lothringischen Verfassungsvorlage aus. Vorher ging die Beratung des Diätengesetzes. Sie gab dem Genossen Vebel Gelegenheit, den unwürdigen Zustand zu geißeln, den das jetzige miserable Diätengesetz mit seiner Schlussprämie auf parlamentarische Akkordmauererei geschaffen hat. Vorbehaltslos stimmte Müller-Meinungen und mit gewissem Vorbehalt auch Bassermann diesen Ausführungen zu, während die Schwarz-Blauen sich ausschwiegen.

Nach der Bündholzsteuernovelle, bei der Genosse Brey kurz den ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion begründete, kam nun die dritte Lesung der elsäß-lothringischen Verfassungsvorlage heran. Der Konservative Winkler, der Haktist Schulz, der Pole Graf Mieleznyski und zwei elsäßische Nationalisten erklärten sich gegen die Vorlage. Sämtliche anderen Redner sprachen für sie, darunter auch Genosse Frank-Mannheim, der in einer scharf pointierten Erklärung die Gründe zusammenfaßte, warum wir trotz aller schwerer Bedenken gegen Einzelheiten doch dem Gesetz als Ganzem zustimmen. Die Annahme erfolgte mit einer reichlichen Zweidrittel-Mehrheit.

Und nunmehr kam die dritte Lesung der Reichsversicherungsordnung heran. Mit der Gerissenheit eines geriebenen Winkelkonsulenten suchte Herr Trimborn, übrigens ja immer noch einer der sympathischsten der Zentrumsmänner, die Umfälle seiner Partei mit der beliebtesten Notwendigkeit zu rechtfertigen und mit der gefäufigen Zunge eines Handlungsreisenden haspelte er die lange Liste von angeblichen verführenden Schönheiten der Vorlage herunter. Mit hölzerner Schwereformte der folgende Redner, der Konservative Schickert seine ungefügigen Sätze, worin er die Zustimmung seiner Fraktion zu der Reichsversicherungsordnung als eine Großtat der Selbstüberwindung hinzustellen suchte; seine recht geistlose Polemik gegen die Sozialdemokratie hielt sich wenigstens von groben Scharfmachereien fern. Gut sprach Mugdan, ohne dabei die Erinnerung auslöschen zu können, daß gerade er es gewesen, der die Fanfare zum Sturm auf die Krankenkassen geblasen hat. Seine Kritik besonders der schwindelhaften Hinterbliebenenversicherung war vorzüglich, aber er selbst brach hier die schärfste Spitze ab mit der resignierten Erklärung, daß er und der größere Teil seiner Freunde trotz alledem und alledem aus ver-

schiedenen zum Teil entgegengesetzten Gründen für die Vorlage stimmen würden, deren Weiterberatung am Sonnabend erfolgt.

Ein gebrochenes Wort!

In der Kommission wurde das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung zu Ende beraten. Eine den bürgerlichen Parteien sehr unangenehme Erinnerung brachte ein Antrag unserer Genossen, daß den Witwen, die nach diesem Gesetz einen Anspruch erheben können, die Renten bis zum 1. Januar 1910 rückwirkend gewährt werden. Die Genossen Wollenbühr und Hoch wiesen darauf hin, daß der Zollgesetz-Paragraph 15 vom Jahre 1902 vom 1. Januar 1910 ab den Witwen und Waisen die Rente verspricht. Der Ministerialdirektor Caspar wendete sich gegen den Antrag. Diese Ansprüche könnten nicht erfüllt werden, weil man dazu die Mittel nicht habe. Hize (3.) bedauerte, daß das feinerzeit gegebene Versprechen nicht erfüllt werden könne. Er verlangt zur Beruhigung der bürgerlichen Parteien eine Aufstellung der Kosten, die von der Regierung als sehr erheblich bezeichnet wurden. Von unsern Genossen wurde dem entgegengehalten, daß durch die Beitragserhöhung und die Aufhebung der Zurückzahlung der Beiträge erhebliche Mittel zur Verfügung stehen, die der Witwen- und Waisenunterstützung dienen könnten. Außerdem handelt es sich für die Regierung um die Einlösung eines Versprechens, das beim Zolltarif gegeben wurde. Ferner erhalte das Reichsdachamt rund 50 Millionen Mark durch die Aufhebung des § 15 des Zolltarifgesetzes zurück, so daß für eine lange Zeit die Renten gedeckt werden können. Horn (natlib.) erklärte, daß seine Freunde gegen den sozialdemokratischen Antrag seien. Der Redner stützt sich im wesentlichen auf die entschieden ablehnende Stellung der Regierung.

Ein Block der gesamten bürgerlichen Parteien, der Konservativen, des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittler und der Antisemiten, lehnte darauf den sozialdemokratischen Antrag ab. Der Rest der Vorlage wurde debattelos angenommen.

Reichsversicherungsordnung und Altersgrenze.

Nach einer uns aus Reichstagskreisen zugehenden Meldung umfaßt ein Kompromiß der Mehrheitsparteien zur 3. Lesung der Reichsversicherungsordnung, das nach längeren Verhandlungen zustande gekommen ist, folgende Punkte: Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre vom Jahre 1915 ab, Heraushebung der Grenze für die Krankenversicherung von 2000 Mk. auf 2500 Mk.; außerdem wird es in das Ermessen der Kassen gestellt, die Wöchnerinnenunterstützung zwischen 4 und 8 Wochen — jetzt 6 Wochen — zu bewilligen.

Nationalliberales Wahlmanöver.

Der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann hat im Reichstag bei der Beratung des Antrages, die Altersrente schon mit 65 statt mit 70 Jahren zu gewähren, behauptet, es sei ihm bekannt, daß gerade in den Reihen der Industrie durchaus Wert gelegt wird auf diese Herabsetzung der Altersrente. Er gab ferner seiner Überzeugung Ausdruck, daß die deutsche Industrie aus dem Gefühl ihrer Fürsorge gegen die Arbeiter freudig die erhöhten Lasten auf sich nehmen wird.

Wie die „Post“ nun mitteilt, sind die Angaben des Abg. Stresemann vollkommen unrichtig. Im Gegenteil sei bekannt, daß die Industrie fast einmütig Widerspruch erhoben habe gegen die Herabsetzung der Altersgrenze. Darauf sei es auch zurückzuführen, daß die Regierung dem Antrage ein entschiedenes „Unannehmbar“ entgegengelehrt habe. Die „Post“ erblickt in diesem Vorgehen des Abg. Dr. Stresemann lediglich ein Wahlmanöver. Herr Stresemann hat weiter den Wunsch ausgesprochen, daß das Privatbeamten-Versicherungsgesetz alsbald verabschiedet werden möge. Auch hier tritt ihm die „Post“ mit aller Schärfe entgegen, indem sie ganz besonders auf verschiedene private Vereinigungen hinweist, die den Entwurf in seinem jetzigen Ausmaß entschieden ablehnen. Den gleichen Standpunkt nehmen eine große Anzahl industrieller Vereinigungen ein. Die „Post“ fährt dann fort:

Wenn derartige gewichtige Stimmen aus allen Teilen des Reiches und aus den verschiedensten Branchen der Industrie sich gegen das Gesetz aussprechen, dann ist es doch befremdend, wenn ein Abgeordneter, dem aus seiner Fraktionsangehörigkeit und seiner privaten Lebensstellung heraus diese Stimmen sehr wohl bekannt sind, die gegenteilige Forderung erhebt, und er darf sich nicht wundern, wenn ihm mit aller wünschenswerten Klarheit vor der breiten Öffentlichkeit entgegengehalten wird, daß seine Stellungnahme mit der deutschen Industrie nichts zu tun hat und den industriellen Interessen direkt zuwiderläuft.

Herr Dr. Stresemann ist Syndikus eines sächsischen Industriellenverbandes, mußte deshalb über die Fügigkeit

der deutschen Großindustrie vollkommen unterrichtet gewesen sein. Der Wahlkreis, der er vertritt, ist aber für ihn höchst gefährdet und so glaubte er wahrscheinlich, seine Situation etwas verbessern zu können, wenn er, mit Zustimmung seiner politischen Freunde, ein solch plummes Wahlmanöver versucht hat.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Auf der Tagesordnung stand am Freitag zunächst die zweite und dritte Lesung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Reichszuwachssteuergesetz. Obwohl diese Frage von Rechts wegen bereits am 1. April hätte geregelt sein müssen, gelang es auch am Freitag nicht, sie zu verabschieden. Es waren so viele Abänderungsanträge eingebracht worden, daß es die Mehrheit für das Beste hielt, den ganzen Entwurf an die Kommission zurückzuverweisen. — Hierauf beriet das Haus einen nationalliberalen Antrag auf Regelung der Schulpflicht und der Schulverhältnisse. Nachdem sich u. a. Genosse Hoffmann für die gesetzliche Regelung der Materie ausgesprochen hatte, ging der Antrag an die Unterrichtskommission.

Schließlich begann man noch mit der Beratung des Gesetzentwurfs über die Einschulung blinder und taubstummer Schulkinder; die Beratung wird am Sonnabend fortgesetzt werden; außerdem stehen Petitionen und Initiativanträge auf der Tagesordnung.

Wahlrechtsunt.

Unter der Überschrift „Die Kapitulation der Reichsregierung“ bemerkt der „Reichsbote“ zur reichsständischen Verfassungsreform: „Nun hofft die Reichsregierung einen durchgreifenden Wandel zum Besseren erzielen zu können, wenn sie die Volkskammer nach dem Muster des Reichstags zusammensetzt, auf Grund eines Wahlrechts, welches noch radikaler gestaltet ist wie das für den letzteren. Den Elßaß-Lothringern bewilligt man allgemeine, geheime, direkte und gleiche Wahlen, die auch noch an einem Sonntag abzuhalten sind! Heißt das nicht wirklich den Teufel durch Beelzebub austreiben? Nach allen Verheerungen des Reichstagswahlsystems auf politischem und sittlichem Gebiet?“

In einem fromm-erbaulichen Himmelfahrtsfest-Artikel bemerkt dasselbe Blatt: „Weil aber darin, daß der einzelne Mensch zum Frieden seiner Seele kommt, auch die Grundlage der friedlichen sozialen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft besteht, so ergibt sich daraus die unermeßliche Bedeutung des Christentums für die soziale Entwicklung der Menschheit.“ Das „Reichsbote“-Christentum scheint in dem Maße zu gipfeln: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Der „Reichsbote“ scheint ferner zu wähnen, daß der einzelne Mensch umso eher zum Frieden seiner Seele komme, je mehr man ihn politisch entrechtet.

Das Biasko der Zündwarensteuer.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen betreffend die Änderung des Zündwarensteuergesetzes. Daß nach so kurzer Zeit bereits eine Änderung des Gesetzes vorgenommen werden muß, ist ein Beweis für die unglaubliche Schlamperei, mit der der Schnapsblock seine Steuererlöse gemacht hat. Das bestehende Zündwarensteuergesetz hält den Fabrikanten auf 5 Jahre hinaus jede Konkurrenz vom Halbe. Der Rückgang im Verbrauch an Zündwaren und die Verwerfung vor Einführung der Steuer waren aber so enorm, daß die Fabrikanten behaupten, auch nach 5 Jahren noch nicht in der Lage zu sein, ihren vollen Betrieb wieder aufnehmen zu können. Sie verlangen eine Schutzfrist von mindestens 15 Jahren in der Erwartung, nach einigen Jahren die Preise in die Höhe treiben zu können. Die Regierung will diese Schutzfrist nunmehr auf 10 Jahre festgesetzt wissen und beschäftigt vor allen Dingen, das Jahreskontingent erstens herabzusetzen und zweitens auf die einzelnen Fabriken anders zu verteilen. Das erstmalig festgesetzte Jahreskontingent überstieg nämlich den tatsächlichen Verbrauch bei weitem.

Dem neuen Reichstag wird dann ganz bestimmt ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Zündwaren-Ertragmittel zugehen, ein Wunsch, den die Zündwarenfabrikanten schon jetzt mit allem Nachdruck vertreten. Daß man dem jetzigen Reichstage eine solche Vorlage nicht mehr zugehen läßt, erscheint im Hinblick auf die Verstimmung der Wählermassen sehr begründlich. Die jetzige Vorlage zeigt aber, daß sich die Regierung und die Parteien des schwarzen Blocks über die Wirkung der Zündwarensteuer in einem schweren Irrtum befunden haben.

Nationale Unglückstage.

Die zur Verbreitung konfessioneller Ansichten bestimmten „unparteiischen“, „Berliner neuesten Nachrichten“ bezeichnen die Tage, in denen der Reichstag die elßaß-lothringische Frage beraten hat, als Unglückstage. Die Beschlüsse des Reichstages bedeuten nichts anderes als eine teilweise Abiegung des Kaisers als Landesherrn, als eine Loslösung Elßaß-Lothringens von der Kaiser- und damit von der Reichsgewalt. Das Blatt fährt dann fort: „Man schaffte also einen neuen Bundesstaat mit partikularistisch-demokratisch gerichteter Volksvertretung und naturgemäß schwacher Regierung, und in der Reichspolitik darf sich das Gewicht dieses Bundesstaats nur geltend machen in der Wirkung gegen die preussische Spitze. Hätte man einen Weg finden wollen, um die trennenden und auflösenden Strömungen im Leben des deutschen Nationalstaats zu verstärken, man hätte, scheint uns, keinen anderen beschreiten dürfen.“

Das Kurpfälzer-Gesetz.

Die Kurpfälzer-Kommission des Reichstages hat die Weiterberatung des Gesetzes bis auf den Herbst verschoben. Durch fleißige Arbeit soll es gelingen, das Gesetz dann völlig durchzubearbeiten. Wenn man bedenkt, daß die Kommission 25 Sitzungen brauchte, um die ersten fünf Paragraphen teilweise fertig zu stellen, dann wird man an diese schlenne Durchberatung im Herbst allerdings nicht recht glauben können. Die Regierung will auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse dann dem neuen Reichstag wieder einen Entwurf vorlegen, der diese Materie regeln soll.

Der hessische Landtag

hat sich am Mittwoch wieder mal und zwar diesmal bis Ende Juni vertagt. Vorher wurde noch ein gemeinsamer Ausflug der zweiten Kammer beschlossen. Auch die Sozialdemokraten wollten sich davon nicht ausschließen, unter der Voraussetzung, daß, wie früher, so auch jetzt wieder, von monarchischen bzw. byzantinischen Kundgebungen Abstand genommen würde. Diesmal aber verkündete der Präsident, daß man von einem Hoch auf den vielgeliebten Landesherrn nicht absehen könne. Genosse Ulrich erklärte darauf prompt, daß es sich unter diesen Umständen nicht um einen Ausflug der parlamentarischen Vertretung Hessens, sondern um ein Privatvergnügen bürgerlicher Parteien handle, an dem die sozialdemokratischen Abgeordneten kein Interesse hätten.

Am letzten Tage beschäftigte sich die zweite Kammer auch noch mit dem neuen Gemeindesteuergesetzentwurf, den die Herren der ersten Kammer völlig verhandelt an jene zurückgegeben hatten. Es handelte sich bei den blaublättrigen Herren vor allem darum, sich und ihre Standesgenossen, die Agrarier, vor den Steuern nach Möglichkeit zu schützen. Deshalb forderten sie, daß Grundstücke, die dauernd landwirtschaftlichen Zwecken dienen, nicht, wie von der Regierung vorgeschlagen und von der zweiten Kammer akzeptiert war, nach dem gemeinen Wert besteuert werden sollen, sondern nach einem unter Zugrundelegung der fünfundsingzigfachen Betrages der Pachtpreise berechneten Wert. Das gleiche soll gelten für Gärten und Tierparks, die, wenn auch nur zeitweise oder vorübergehend (!) öffentlich zugänglich sind. Auch den städtischen Grundbesitzern und Unternehmern suchten die edlen Herren zu helfen, indem sie forderten, daß als gemeiner Wert bei Gebäuden, welche ausschließlich zur Lagerung, Aufbewahrung, Herstellung, Bearbeitung und Verarbeitung von gewerblichen Erzeugnissen, Waren und Rohmaterialien bestimmt sind, der halbe Brandversicherungswert, für unversicherte Gebäudeteile der halbe Bankkostenwert — in beiden Fällen ohne Berücksichtigung des Wertes von Grund und Boden — gelten soll. Diese Vorschläge würden den Ertrag der gemeindlichen Grundsteuer ganz erheblich vermindern. Da die Standesherrn auch den Ertragswert der Gewerbesteuer zu beschränken suchten, haben sich Regierung und Blockparteien im Landtage im Interesse der Gemeindesteuerträge eifrig bemüht, die blaublättrigen Herren umzustimmen. Die zweite Kammer blieb schließlich notgedrungen bei ihrem ersten Botum. Wenn aber die erste Kammer fest bleibt, wird die „Volksvertretung“ hier am Ende ebenso umfallen, wie sie bei der Wahlreform und letzters bei der neuen Städte- und Landgemeindeordnung in geradezu skandalöser Weise zum Vorteil der Privilegiertenkammer umgefallen ist.

Mexiko.

Diaz' Ende. Der Rücktritt des Präsidenten Diaz ist nach Telegrammen aus Mexiko am Donnerstag nachmittag erfolgt. Mit diesem Zeitpunkte ist die provisorische Präsidentschaft auf den Minister des Außeren de la Barra übergegangen. In den Straßen der Hauptstadt mochte eine dichtgedrängte Volksmenge. Wie das Reutersche Bureau aus Mexiko meldet, kam es in der Stadt zu Unruhen infolge der Weigerung des Präsidenten Diaz und des Vizepräsidenten Corral, vor Donnerstag abzutreten. Truppen und Polizei eröffneten das Feuer auf die Menge und töteten und verwundeten viele. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken zwischen 7 und 18. Aus Tehuantepec, Guadaluajara und Zacatecas werden gleichfalls Unruhen gemeldet.

Das Versicherungs-gesetz für Angestellte.

Bereits vor einigen Monaten hatte die Regierung der öffentlichen Kritik den Entwurf eines Gesetzes unterbreitet, der die Versicherung der Privatangestellten für den Fall der Invalidität und des Alters und ferner im Falle des Todes den Hinterbliebenen der Versicherten die Bezüge einer Witwen- und Waisenrente gewähren sollte. Der Entwurf hat in den beteiligten Kreisen verschiedene Beurteilungen erfahren. Während der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband seine Zufriedenheit mit ihm ausdrückte, erhob man von anderer Seite, besonders vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und dem Bunde der technisch-industriellen Beamten lebhaftes Bedenken gegen mehrere der grundlegenden Bestimmungen. Schließlich kam noch der Zentralverband Deutscher Industrieller, der besonders lebhaft die Unantastbarkeit der Bergpensionskassen betonte, die er an Stelle der Reichsversicherung setzen wollte.

Der Gesetzentwurf hat nun den Bundesrat passiert und ist an den Reichstag gelangt, der ihn im Herbst noch verabschieden will.

Im Änderungen erheblicher Art treten nur die Bestimmungen über die Pensionskassen hervor. Man ist den Wünschen des Zentralverbandes deutscher Industrieller weit entgegengekommen; die Angestelltenverbände, soweit sie sich nicht im Schlepptau des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes befinden, haben mit ihrer Forderung auf Streichung der Gehaltsrenten für die Versicherungspflicht, Gewährung höherer Leistungen, größeren Einfluß der Versicherten auf die Verwaltung der Reichsversicherungsanstalt, Angliederung der Versicherung an die Allgemeine Invalidenversicherung keinen Erfolg zu verzeichnen gehabt.

Die Versicherung soll sich auf rund 1 800 000 Personen im Handels- und Gewerbe, auf Techniker, Betriebsbeamte und Werkmeister, auf Bureaubeamte (darunter Gewerkschaftsangehörige, Redakteure und Kassenangestellte), auf Lehrer, Erzieher, Bühnen- und Orchestermittelglieder, Mitglieder der Schiffsbesatzung erstrecken, soweit das Gehalt dieser Angestellten jährlich 5000 Mk. nicht übersteigt.

Die Versicherung wird nach Gehaltsklassen abgestuft:

Gehaltsklasse A	bis zu	550 Mk.	
B	von mehr als	550	850
C	„	850	1150
D	„	1150	1500
E	„	1500	2000
F	„	2000	2500
G	„	2500	3000
H	„	3000	4000
I	„	4000	5000

Nach diesen Gehaltsklassen regelt sich der Beitrag, der je zur Hälfte vom Unternehmer und dem Angestellten zu leisten ist. Der Monatsbeitrag wird für alle Versicherten derselben Gehaltsklasse gleich hoch bemessen. Er beträgt bis auf weiteres:

	in Gehaltsklasse A	1,60 Mk.
„	B	3,20
„	C	4,80
„	D	6,80
„	E	9,60
„	F	13,20
„	G	16,60
„	H	20,—
„	I	26,60

Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Handlungsgehilfen, die Betriebsbeamten, Techniker und Werkmeister und einige andere Berufsangehörige, sofern ihr Gehalt unter 2000 Mk. beträgt, außerdem als Pflichtversicherte der allgemeinen Invalidenversicherung angehören und dort Beiträge zahlen müssen.

Als Unterstützung wird ein Ruhegeld bei Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt. In der Reichsversicherungsordnung ist das 70. Lebensjahr beibehalten worden. Ferner wird das Ruhegeld für den Fall der Invalidität dem Versicherten dann zugesprochen, wenn seine Erwerbsfähigkeit für seinen Beruf unter die Hälfte sinkt, und nun das Ruhegeld und das Gehalt des Versicherten das in den letzten fünf Jahren durchschnittlich bezogene Gehalt nicht übersteigen.

Das Ruhegeld beträgt nach Zahlung von 120 Beitragsmonaten ein Viertel dieser Beiträge; die darüber hinausgehenden Beiträge werden mit einem Achtel in Anrechnung gebracht.

Bei weiblichen Versicherten kann die Rente nach 60 Beitragsmonaten bezahlt werden; sie beläuft sich dann auf ein Viertel der gezahlten Beiträge.

Für die Witwe, die ohne Rücksicht auf ihre Hilfsbedürftigkeit eine Rente erhält, beträgt diese Rente zwei Fünftel des Ruhegeldes.

Nach der Reichsversicherungsordnung soll die Witwenrente nur dann ausbezahlt werden, wenn die Witwe zwei Drittel ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat.

Die Waisen erhalten bis zum achtzehnten Jahre je ein Fünftel, Doppelwaisen je ein Drittel des Betrages der Witwenrente. Witwen- und Waisenrente dürfen zusammen den Betrag des Ruhegeldes nicht übersteigen, das der Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei seiner Berufsunfähigkeit bezogen hätte.

Für die ersten zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ist die Wartzeit für die Witwenrente auf fünf Jahre herabgesetzt.

Weibliche Versicherte, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden und die Versicherung nicht fortsetzen wollen, können die Gewährung einer sogenannten Leibrente beantragen, die nach einer noch anzuklärenden Skala berechnet werden soll. Wie hoch diese Rente sein wird, kann vorläufig nicht einmal vermutet werden.

Die Organisation ist wie im Vorentwurf geblieben. Der Rentenausgleich prüft unter Hinzuziehung der Versicherten und der Unternehmer und entscheidet auch in erster Instanz über Rentenansprüche. Gegen die Entscheidung ist Berufung an das Schiedsgericht zulässig und Revision an das Oberchiedsgericht in Berlin. Die finanzielle Verwaltung ruht in den Händen der Reichsversicherungsanstalt, der ein Verwaltungsrat aus Versicherten und Unternehmern mit einigen gutachtlichen Befugnissen beigeordnet ist.

Bedeutung ist, wie schon erwähnt, die Stellung der Pensionskassen. Hier ist der Entwurf den Industriellen entgegengekommen. Der erste erschien gerade nach der Richtung sympathisch, daß er den Pensionskassen nur in sehr beschränktem Maße ein Sonderrecht zuerkannte.

Die Stellung unserer Partei zu den Pensionskassen der Fabrikbetriebe ist bekannt. Solche Kassen sind für den Angestellten nur eine Fessel; sie hemmen die freie Bewegung, weil mit dem Austritt aus dem Betriebe auch die Ansprüche an die Kasse verloren gehen. Natürlich sind die Unternehmer darauf bedacht, gerade dieses Mittel ihren Zwecken weiter dienstbar zu machen.

Die Vorlage hat nun diese Kassen in Zuschußklassen und Erbschaftskassen geteilt. Die Zuschußklassen sollen wie im ersten Entwurf die Beiträge für die Mitglieder ihrer Kassen an die Reichsversicherungsanstalt in Höhe der im Gesetz vorgesehenen Beiträge abliefern. Beim Rentenanspruch entscheidet der Rentenausgleich und die Reichsversicherungsanstalt zahlt die Rente für den Versicherten an die Pensionskasse, die wieder diese Rente auf ihre Leistungen anrechnen kann. Tritt der Versicherte aus der Pensionskasse aus, so bleibt ihm doch sein Anspruch aus der Reichsversicherung.

Die Erbschaftskassen, von denen man annimmt, daß sie keine größeren Leistungen übernehmen können, sollen nur für den Fall des Rentenbezuges eines Versicherten ein Deckungskapital an die Reichsversicherungsanstalt einzahlen. Wie hoch das Deckungskapital bemessen wird, läßt sich nicht feststellen; es besteht nur das Bedenken, daß bei einer niedrigen Bemessung den Kassen Vorteile gegen die anderen Versicherten gewährt werden können und damit der alte Übelstand bestehen bleibt. Zu bemerken ist allerdings, daß neue Kassen nicht mehr zugelassen werden.

Die Vorlage hat alle Mängel, die der Vorentwurf enthielt, aufrechterhalten und einen neuen hinzugefügt: die Begünstigung der Pensionskassen. Der große Fehler bleibt aber, daß die ganze Versicherung nicht im Anschluß an die Reichsversicherungsordnung geregelt wurde. Hier wäre der organische Aufbau zu höheren Versicherungsstufen möglich gewesen und die Einrichtungen der Arbeiterversicherung hätten auch diesem Zweige der Sozialversicherung dienstbar gemacht werden können. Das Ergebnis ist: die Zerstückelung in der Arbeiterversicherung wird fortgesetzt — nicht zum Nutzen der Versicherten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 27. Mai

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübeck befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen der Maifeier sind Differenzen in der Wand-Liejenfabrik Danischburg (Willeroy u. Koch) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Schlosser, Dreher, Maurer, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maler! Über die Werkstellen Gargus Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Die Tageelder für den Maifeierfonds, über die in der nächsten Parteiversammlung Rechnung gelegt werden soll, müssen bis spätestens Freitag, den 2. Juni an den Genossen Bromme, Johannisstraße 50, abgeliefert werden. Wir rufen allen in Frage kommenden Genossen nochmals den Beschluß des Nürnberger und Leipziger Parteitages in Erinnerung. Gelautet:

Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, einen Tagesverdienst abzugeben.

In Lübeck ist zwischen Partei und Gewerkschaften das Abkommen getroffen, diese Gelder dem Arbeiterfonds zuzuführen, der sich aus den abgelieferten Geldern und aus den Überschüssen der Arbeiter, sowie aus freiwilligen Beiträgen der Gewerkschaften zusammensetzt. Um falschen Schlüssen vorzubeugen, sei bemerkt, daß auch nicht der Partei zugehörige, nur gewerkschaftlich organisierte Angestellte oder Arbeiter zur Ablieferung des Tagesverdienstes verpflichtet sind.

Der Arbeiterbildungsverein hat mit dem Direktor des Stadttheaters, Herrn Feldhahn, wieder ein Abkommen getroffen, nach welchem in diesem Sommer Theaterbilletts zu ermäßigten Preisen in der Redaktion des „Lübecker Volksboten“ an die werktätige Bevölkerung abgegeben werden. Wir machen darauf besonders aufmerksam und ersuchen unsere Leser, von dieser Vergünstigung recht regen Gebrauch zu machen.

Einem Heinertrag von ca. 25 000 Mark soll der Lübecker Kinderhilfsstag ergeben haben. Die Bruttoeinnahme wird vorläufig auf 30 000 Mk. beziffert.

Warnung vor dem Genuß eisalter Getränke. Der Regierungspräsident in Minden erläßt folgende Bekanntmachung: Mit Rücksicht darauf, daß der Genuß eisalter Getränke, namentlich zur warmen Jahreszeit häufige ernste Verdauungsstörungen und ähnliche Krankheiten nach sich zieht, werden die Verkäufer von Mineralwasser im Ausverkauf angewiesen, diese Wasser nur in einem der Trinkwasser-Temperatur entsprechenden Wärmequadrat von etwa 10 Grad Celsius abzugeben. Gleichzeitig wird das Publikum vor dem Genuß eisalter Getränke, insbesondere der eisalten Mineralwasser gewarnt. Desgleichen wird darauf aufmerksam gemacht, daß das zu wirtschaftlichen Zwecken in den Handel kommende Eis häufig selbst bei gutem Aussehen lebensfähige, gesundheitsgefährliche Keime enthält und infolgedessen durch den Genuß von Getränken, die durch Hineinwerfen von Eisstückchen abgekühlt sind, Krankheiten hervorgerufen werden können. Dasselbe gilt betreffs des Genußes von andern, durch Auflegen von Eis abgekühlten Nahrungsmitteln, z. B. Butter usw.

Wegen Krankheit geistert. In einem Stalle (Unterfall) des Gasthofes „Zum blauen Veil“, Große Burgstraße Nr. 45 hieselbst, ist kürzlich ein roßkrankes Pferd aus Düren eingeleitet gewesen. Der betreffende Stall ist deshalb bis auf weiteres unter Sperre gestellt worden.

Der Kauf auf Probe. Es ist anscheinend eine harmlose Sache, wenn man sich auf einen „Kauf auf Probe“ einläßt; aber auch ein solcher Kauf kann Ärger und unangenehme Ausgaben verursachen, wenn man die geschäftlichen Vorkehrungen dabei nicht beachtet, wie folgender Fall zeigt: Ein Reisender offeriert einer Hausfrau eine Waschmaschine; die Hausfrau hatte sich schon längst ein solches Hilfsmittel bei ihrer großen Wäsche gewünscht, dem Geman war aber ein solches Instrument zu teuer, er hatte auch von verschiedenen Seiten gehört, daß auch die besten Waschmaschinen nicht alle Hoffnungen erfüllten und mehr oder weniger Mängel hätten. Die Ehefrau teilte dies dem Reisenden mit und lehnte den Erwerb der Waschmaschine ab. Damit ließ sich der Reisende natürlich nicht wegschicken; er erklärte, daß seine Waschmaschinen die besten wären und daß damit in einer Stunde so viel Wäsche gewaschen würde, als eine fleißige Waschfrau in einem ganzen Tage waschen könne. Übrigens brauche die Ehefrau die Maschine durchaus nicht fest zu kaufen; er wolle ihr die Maschine auf vier Wochen zur Probe überlassen und kostenlos zurücknehmen, falls die Maschine nicht gefalle. Hiermit war die Ehefrau einverstanden. Der Reisende stellte einen Schein aus, daß die Maschine auf vier Wochen unentgeltlich zur Probe übergeben werde. Diesen Schein übergab die Frau ihrem Mann, und beide waren sich darüber einig, daß sie die Maschine vier Wochen zur Probe behalten und dann kostenlos zurückgeben könnten. Diese Auffassung war durchaus richtig. Am nächsten Tage wurde die Maschine geliefert und die Probe damit vorgenommen. Da dieselbe aber nicht zur Zufriedenheit ausfiel, beschloßen die Eheleute, von dem Kauf abzusehen und die Maschine zur Abholung bereitzustellen. Als nach Verlauf der vier Wochen und sogar noch länger weder der Reisende noch der Lieferant etwas von sich hatten hören lassen, und die Maschine im Wege stand, bat der Geman um Abholung der Maschine, zumal die vier Wochen längst abgelaufen waren. Aber der Lieferant dachte anders; er antwortete, daß von einer kostenlosen Rücknahme jetzt gar keine Rede mehr sein könne, weil innerhalb der vierwöchigen Probefrist die Eheleute sich nicht erklärt hätten, daß sie die Maschine nicht behalten wollten. Dies wäre aber nach § 406 des Bürgerlichen Gesetzbuches unbedingt nötig gewesen. Da sie geschwiegen hätten, folge nach dem Gesetz, daß sie den Kauf gebilligt hätten, und er verlange Zahlung. Dieser Standpunkt des Lieferanten ist zutreffend; denn wer eine Sache auf Probe kauft und die verabredete Probefrist vorübergehen läßt, ohne zu erklären, daß er den Kauf nicht gewollt habe, muß die Sache behalten, da das Schweigen als Billigung angenommen wird. Es blieb dem Gemanne weiter nichts übrig, als zu zahlen.

Wie lange soll man Fische kochen? Nach der allgemeinen verbreiteten Ansicht soll man Fisch nur kurze Zeit, nur einige Minuten kochen lassen, worauf man sie vom Feuer nimmt und auf der heißen Herdplatte eine Viertel bis eine halbe Stunde stehen läßt, damit sie ziehen. Es gibt aber Gegenden, in denen man Fische viel länger, selbst 1 bis 2 Stunden kochen, d. h. sieden läßt. Welche Art ist nun empfehlenswerter? Von gesundheitlichem Standpunkt gewiß die letztere. Man hört ja sehr oft, namentlich im Sommer, daß Menschen nach Genuß von Fischspeisen schwer erkrankten und sogar starben. Genaue Untersuchungen solcher Unfälle ergaben, daß die betreffenden Fische durch Bakterien verschiedener Art verdorben waren. Am häufigsten kommen Erkrankungen vor, wenn man gekochte oder gebratene Fische einen Tag oder länger stehen läßt und erst dann verzehrt. Aber auch nach frisch gekochten und servierten Fischen ereigneten sich derartige Unfälle. Das ist leicht erklärlich, denn das Fleisch der Fische ist schon zu ihren Lebzeiten oft sehr reichlich mit krankheitsregenden Bakterien durchsetzt. Wird der Fisch geschlachtet und länger roh liegen gelassen, so vermehren sich die Bakterien in ungeheurer Menge und erzeugen im Fleische heftige Gifte. Brütet man nun einen solchen Fisch nur kurze Zeit, so genügt die Hitze nicht, um die schädlichen Bakterien völlig abzutöten. Sie gelangen lebend in den menschlichen Magen und rufen Vergiftungen und Krankheiten hervor. Auf diese Weise sind schon dem Unterleibsstypus ähnliche Erkrankungen entstanden. Kocht man aber den Fisch länger, so werden alle Bakterien unschädlich gemacht, und Reste einer so zubereiteten Speise verderben auch nicht so ungemindert. Die Hausfrauen sagen nun, daß die Fische bei längerem Kochen zerfallen. Das kann aber wohl vermieden werden, wenn man die kochenden Fische von Zeit zu Zeit „schreddert“, d. h. in den Kopf oder den Fischkessel einen Schuß kalten Wassers gibt, so daß das Sieden für einige Augenblicke unterbrochen wird. Länger gekochte Fische lassen an Schmachhaftigkeit nichts zu wünschen übrig. — Aus dem-

selben Grunde sollen Fische auch wirklich gut durchgebraten oder durchgekaut werden.

Das Ranzigwerden der Butter. Die Süßrahmbutter wird viel langsamer ranzig wie die Sauerrahmbutter. Da das Ranzigwerden durch Mikroorganismen zustande kommt, so muß man daraus schließen, daß der saure Rahm schon die Mikroorganismen mitbringt, die die Süßrahmbutter erst unter Umständen bildet und zwar hauptsächlich durch höhere Temperaturen und den Zutritt der Luft mit ihren Beimischungen. Man kann daher hinsichtlich der Aufbewahrung der Butter nicht vorlässig genug sein. Viele Meiereien versenden ihre Butter in Pergamentpapier, steht die Butter nicht im Sommer in einem Kühlbehälter, so bekommt sie bald einen Stich. Es ist eine Nachlässigkeit, die Butter in offenen Gefäßen in der Küche ruhig stehen zu lassen. Frau Seel empfiehlt daher, den Buttertopf verschlossen in einen tiefen Keller mit Wasser zu stellen und darüber einen neuen Korkstopfen, welcher durch seine Porosität die Feuchtigkeit aufsaugt und Kühle verbreitet. Kürzlich ist ein Patent auf einen Butterkühlbehälter angetragen worden. Zwei weiß lackierte Kisten stehen ineinander mit innen 5 Zentimeter Zwischenraum. Der eine Kasten mit gutem Deckel verschlossen. Der Zwischenraum der Kisten wird mit kaltem Wasser gefüllt, was man mit dem Hahn ablassen kann und erneuern. Für fehlende Eischränke scheint diese kleine Erfindung für Kühlzwecke ein guter Ersatz zu sein.

ph. Schwer bestrafte Übermut. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ist der Zimmermann des bei der Röchischen Schiffsverft liegenden Dampfers „Konstantia“ ertrunken. Er sprang aus Übermut ins Wasser, um schwimmend, vom Lande aus, sein Schiff zu erreichen, obgleich er sich bereits in einem Boot befand, welches ihn an Bord bringen sollte. Die Leiche wurde nach längerem Suchen von der Besatzung geborgen.

ph. Verhaftet. Festgenommen wurde ein Former, der aus dem Gefängnis in Friedland in Mecklenburg entwichen ist.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Auch am Freitag hatte Kurt Ruchlers „Sommerput“ wieder einen klüftigen, durchschlagenden Lacherfolg zu verzeichnen. Die heiterste, fröhlichste Laune begleitete die ganze Vorstellung. Morgen wird „Sommerput“ schon zum 5. Male wiederholt, es ist dies aber die letzte Sonntagsvorführung des heiteren Spiels. Am Montag geht nochmals „Sein Doppelgänger“, in Szene mit Herrn Michael Pichon in der Titelrolle und für Dienstag ist H. Jörens „Gespenster“ neu einstudiert. Hans Helmuth Koch, der junge Lübecker Künstler, wird uns als Oswald ein glänzendes Bild seines Strebens und seines Könnens bieten. Der Vorverkauf ist bei F. Nagel und an der Stadthallenkasse.



Hamburg. Verschärfung des Kampfes im Hamburger Holzgewerbe. Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe hat eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Nach den Verhandlungen vor dem Einigungsamt mußte jeder erwarten, daß die Unternehmer dem Schiedsspruch des Einigungsamtes des Hamburger Gewerbegerichts bezüglich des paritätischen Arbeitsnachweises ohne weiteres annehmen würden, weil der Schiedsspruch ihren Wünschen in jeder Richtung Rechnung trägt und das von den Arbeitern verlangte Obligatorium in der Praxis beseitigt. Nun haben aber die Unternehmer in einer Versammlung, die von rund 500 Personen besucht war, am 26. Mai den Schiedsspruch sogar abgelehnt und zwar einstimmig. Auch ein gestellter Antrag auf Grund der vom Einigungsamt gemachten Vorschläge, mit den Arbeitern in weitere Verhandlungen einzutreten, wurde mit allen gegen acht Stimmen abgelehnt.

In der Versammlung war es Herr Quitt, der erklärte: „Der Holzarbeiterverband ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt und steht kurz vor seiner vollständigen Niederlage.“ Und — das war die Stimmung der Unternehmerversammlung — man will den Holzarbeiterverband vollständig niederringen. Der paritätische Arbeitsnachweis bildet heute für den Arbeitgeberverband „nicht mehr die Hauptfrage, es soll der Einfluß des Holzarbeiterverbandes gebrochen werden. Schon lange wurmt es den Unternehmerverband „Untereibe“, daß der Holzarbeiterverband auf die Arbeitsverhältnisse im Hamburger Holzgewerbe einen bestimmten Einfluß ausgeübt hat, daß er insbesondere die Arbeitszeit auf 52 Stunden pro Woche verkürzen und seinen Mitgliedern einen einigermaßen anständigen Lohn verschaffen konnte. Es wird also einen recht erbitterten Kampf in Hamburg geben.

Die Holzarbeiter Hamburgs sind sich dessen bewußt. Eine Versammlung der Streikenden, die am 22. ds. Mts. stattfand und die zu dem Schiedsspruch Stellung nahm, erklärte, wie bereits berichtet, daß die Arbeiter dem Schiedsspruch zugestimmt hätten, weil er den paritätischen Arbeitsnachweis mit dem Obligatorium — wenn auch in beschränktem Sinne — enthält. Zum 1. Juni wird den Streikenden und Ausgepörrten eine Mietunterstützung gewährt. Am 27. ds. Mts. wird eine allgemeine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hamburg stattfinden, die die Erhebung eines Extrabeitrages beschließen wird, um den Streikenden eine Extraaufkündigung zur Miete für die weiteren Monate zu gewährleisten. Zu den neuen Bedingungen arbeiten gegenwärtig rund 1500 Holzarbeiter. Wenn der Bezug auch weiter streng ferngehalten wird, werden die Unternehmer sehr bald einsehen, daß der Holzarbeiterverband mit großen Worten nicht unterzukriegen ist.

Hamburg. Ein schrecklicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Freitag morgen in der Davidstraße. Dort wollte ein in der Friedrichstraße wohnender Mann einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnzug der Linie 28 besteigen. Er sprang fehl, stürzte zu Boden und geriet unter die Räder des Anhängemagens, die ihm beide Beine vom Körper trennten. Der lebensgefährlich Verletzte wurde ins Hafentrankenhaus transportiert. — Todesstrafe. Am Mittwoch stürzte der Kleinrentmeister Kruse am Heuberg 23 eine Kellertreppe hinab und erlitt außer inneren Verletzungen einen Schädelbruch. Der Verunglückte wurde in bewußtlosem Zustand ins Hafentrankenhaus transportiert, wo er am Himmelfahrtstage starb. — Vom Spiel in den Tod. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch in der Sachsenstraße. Dort spielte der im Hause 29, 2. Etage, wohnende dreijährige Knabe Hans Ramm auf dem Balkon mit Bauhölzern, die er nacheinander über das Geländer des Balkons in die Tiefe warf. In seiner kindlichen Neugierde wollte der

Knabe sehen, wohin die Bauhölzer fielen, und kletterte auf das Geländer. Hierbei verlor das Kind das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Schwerverletzt schaffte man den verunglückten Knaben ins Krankenhaus St. Georg, wo er kurz nach der Entlieferung starb.

Kiel. Eine blutige Tat. In der Baracke bel Rosenkranz am Nord-Dissee-Kanal wurde der Arbeiter Mikowski von dem Arbeiter Trusch erstochen. Der Täter wurde später in Strohhölzer ergriffen und nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Gattorf gebracht. Ebenfalls verhaftet wurde ein zweiter Arbeiter, der unter dem Verdachte der Mittäterschaft steht. Seitens des Amtsgerichts in Gattorf wird am Sonnabend nachmittag am Tatorte ein Lokaltermin abgehalten werden.

Wismar a. d. Bille. Ein gräßlicher Unfall trug sich am Mittwoch nachmittag auf der Zinkfabrik The International Metall Comp. zu. Ein in Gildbeck wohnhafter, circa 15jähriger, in dieser Fabrik beschäftigter junger Mann war beauftragt worden, einen Treibriemen aufzuwerfen. Beim Anlaufen der Maschine geriet derselbe mit dem Arm zwischen die Transmissions. Der Körper des Unglücklichen wurde dadurch vollständig in Stücke zerrissen, so daß die einzelnen Teile im Raum herumgeschleudert wurden. Daß trotz der bestehenden strengen Vorschriften sich immer wieder solche schweren Unglücksfälle zugetragen, liegt jedenfalls daran, daß man mit solcher Arbeit völlig unfähige Leute beauftragt.

Bremen. Die Bürgererschaft trat am Mittwoch nach Erledigung einiger städtischer Angelegenheiten in die Beratung der beim Budget zurückgestellten Anträge ein. Der Antrag unseres Genossen Waigand auf Gewährung von Diktaten an die Bürgerchaftsmitglieder involviert, wie nachträglich vom Präsidenten festgestellt wurde, eine Verfassungsänderung und kann erst wieder zur Verhandlung gestellt werden, wenn mindestens 30 Unterschriften dafür gewonnen sind. Das dürfte natürlich für unsere 16 Genossen in der Bürgerchaft lange Weile haben, 14 Bürgerliche zur Unterzeichnung eines solchen verfassungsmäßigem Antrages zu veranlassen. — Der Antrag des Genossen Hente, die Aufhebung der Bürgerchaftsgebühren zu beschließen, wurde trotz eindringlicher und überzeugender Begründung seitens unseres Redners gegen die sozialdemokratischen und 3 bürgerliche Stimmen abgelehnt, nachdem auch ein Antrag des Rentiers Böttcher abgelehnt worden war, die wegen Reform des bremischen Wahlrechts bestehende Kommission mit einem Bericht über die Sache zu betrauen. Diesen Antrag hatten unsere Genossen selbst mit wiedergeschickt, weil es doch nur ein Begründungserster Klasse für die Sache selbst geworden wäre. Die Wahlrechtskommission besteht nämlich bereits 3 Jahre und hat es in eigener Sache bislang zu 2-3 Sitzungen gebracht; geschweige, daß etwa schon ein Bericht an die Bürgerchaft zu erwarten stünde! Die Verweisung an diese Kommission hätte die Bedeutung haben können, den Antrag Hente zur Beratung im Jahre 1915 zu verhelfen! — Die längste Debatte wurde durch den Antrag des Direktors des Statistischen Amtes Dr. Böhmert hervorgerufen, von der Schuldeputation einen Bericht zu verlangen, ob es sich empfiehlt, das Schulgeld für die entgeltlichen Volksschulen aufzuheben. Das ist eine Materie, die die Bürgerchaft wiederholt, zuletzt mehrfach auf sozialdemokratische Anregung hin, beschäftigt hat. Dr. Böhmert begründete seinen Antrag sehr geschickt, nur war es von ihm nicht wisse, die Schulgeldfreiheit als eine alte liberale Forderung hinzustellen. Denn trotz aller Anregungen und trotz mehrfacher Beschlüsse der Bürgerchaft, die auf Aufhebung des Schulgeldes für die Volksschulen hinielten, haben die Liberalen es bislang nicht fertig gebracht, dem ersten kräftigen Widerstand des Senats sich erfolgreich entgegenzustellen. Und wie hoch auf die Worte des Antragstellers klang es, als der Vertreter der Schuldeputation auch seinerseits unterstrich, daß auch Liberale (nicht etwa bloß Sozialdemokraten) diesen Antrag öfter gestellt hätten, im gleichen Atemzuge aber die Ablehnung des Antrages zu empfehlen und zu verteidigen wagte! Vor ihm hatte der Genosse Holzmeier den Standpunkt der Partei in der Sache vertreten, während Genosse Waigand Gelegenheit nahm, den Liberalen gehörig heimzuleuchten ob ihres früheren Handelns. Schließlich fand der Antrag Dr. Böhmert die Mehrheit der Bürgerchaft.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

- D. Stadt Lübeck, Kapt. Weeth, ist Donnerstag morgen in Remel angekommen.
- D. Pehr Brahe, Kapt. Lindroos, ist Mittwoch nachmittag von Hangö auf hier abgegangen.
- D. Svithob, Kapt. Borg, ist Donnerstag vormittag von Kalmr auf hier abgegangen.
- D. Jar ist Donnerstag mittag von Reval in Kronstadt angekommen.
- D. Elbe ist Donnerstag abend von Kronstadt auf hier abgegangen.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Wiechmarkt vom 26. Mai.
Auftrieb 1674 Schweine. Markt rege getäumt. Überstand — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 52,00 (— bis 41,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 52,00 (— bis 41,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 54,— bis 55,00 (42,00 bis 43,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 54,00 bis 55,00 (42,00 bis 43,00 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 50,00 bis 53,00 (38,00 bis 40,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 46,— bis 47,00 (37,— bis 37,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 40,— bis 45,— (31,— bis 35,00) Mk.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 26. Mai.

- 1. Qualität 108—112 Mk.
- 2. 100—104
- Ferner:
- Fehlerhafte und ältere Bauernbutter —
- Schleswische und holsteinische Bauernbutter —
- Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt 106—109
- do. II. do. 100—104
- Galizische und ähnliche —
- Finnländische Sommerbutter, verzollt —
- Amerikanische und fremde, verzollt —

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schmarb, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gehe rote Lubeca-Rabattmarken.

St. Lorenz erstes

und ältestes

Motor- und

Fahrradhaus.

Neue und alte Fahrräder

in großer Auswahl.

Eigene Emailier- u. Vernickelungs-

Anstalt. Größte Reparaturwerkst.

H. Benthien

Fahrenburger Allee 53.

Telefon 2058.

Willy Koch

:: Zahntechniker ::

Lübeck, Holstenstrasse 21.

Goldene und silb. Uhren

gut und billig.

L. S. Baruch, Wandteichgeschäft,

Alteisenstr. 35.

Selten schöne Salongarnitur

165 Mt. Umbau 75 Mt.

Tisch 28 Mt. Salonschrank m. Ver-

glasung 78 Mt. Südl. Tisch reich

geschmückt 55 Mt. Tisch 18 Mt.

Spiegel mit Schrank 33 Mt. Hoch-

feine Bortgarnitur 110 Mt. Tru-

en nur 35 Mt. Wertvolle Schlaf-

mer. ff. Taschenuhr, Leder-

hülle, Rohrstühle, Küche enorm

billig. Besichtigung **Wahmitz** 83.

Jede iparfame Hausfrau

bitten wir, unsere stets reich-

baren Kunsthonig

Haldekönig

in grünen 1 Pfund-Kartons, Preis

40 Pfg., gültig im eigenen Interesse

zu versuchen. Derselbe ist in den

meisten Geschäften zu haben.

Lübecker Kunsthonig-Werke

Frehrs & Co.

Kartoffeln

(Magnum bonum u. Tierkartoffeln)

in allerfeinster Ware empfiehlt

Hans Lübcke,

Wickelstraße 33/35. Telefon 2878.

Obstbäume, Erdbeerpflanzen,

Ziersträucher, Laubpflanzen

Fruchtsträucher, Buchsbaum,

Rosen, keiml. Sämereien

empfehlen zur jetzigen Pflanzzeit

C. Rohrdanz, Moisling, Allee 55.

Da es ein schönes

Häufchen

geschlachtet, wozu ich meiner wer-

ten Kundsch. bestens empfehle.

Johs. Fischer,

Reiterstr. 8. Telefon 1744.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepökelte Biere.

Kalte und warme Speisen zu jeder

Tageszeit.

ff. Mittagessen ff. von 12-2 Uhr.

65 Pfg.

Neue Halenfabrik G.m.b.H.

Lübeck-Schwartau.

Linie Drehbrücke: Vorm. 8, 9, 10, 11;

nachm. von 1-5 Uhr halbstündl.

Linie Sägerbaum: Vorm. 10 Uhr;

nachm. 1.30, 2.45, 4.15, 5.15, 7.45 Uhr.

Arbeiter-Absinentenbund.

Sonntag, 28. Mai:

Tour nach dem Welscher Schölk.

Zielpunkt 1 Uhr Burgtorbrücke.



Immalin-

Putzmittel

sind die besten.



Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg 6.



Sorgfältig

ausgesucht sind die Rohstoffe, aus denen die
altbewährten und überall beliebten
Margarine-Spezialitäten

Siegerin u. Mohra

hergestellt werden, deshalb ebenso bekömm-
lich, nahrhaft und leicht verdaulich wie beste
Naturbutter.

Um Verwechslungen zu vermeiden achte man
genau auf Marken und Firma:
A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld

Disfussionsabend
des Lübecker Lehrerinnenvereins
und des Vereins für Frauen-
stimmrecht
im Bildersaal der gem. Ge-
sellschaft, Königstr. 5
am Montag, dem 29. Mai
abends 8 1/2 Uhr.
Thema: über die Bestrebungen
für die handwerksmäßige und
fachgewerbliche Ausbildung der
Frau.
Damen u. Herren willkommen.

Kohlenarbeiter!
Sektions - Versammlung
am Montag, dem 29. Mai
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen
erwartet
Der Vorstand.

Großherzog von Mecklenburg
Gr. Burgstraße 11.
Unterhaltungs - Musik.
Bedienung durch den
gemütlichen August.
Gute Küche. Sibile Preise.
Chr. Wien.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
Tanzkränzchen

Adlershorst.
Jeden
Sonntag:
Tanzkränzchen

Neu-Lauerhof.
Jeden
Sonntag
gr. Tanzkränzchen

Friedrichshof.
Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr.
Eintritt frei.

Friedr. Franz-Halle
Großes
Tanzkränzchen.
Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.
L. Stamer.

Wakenitz-Bellevue.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Musik: Stadtkapelle.
H. Fährbörter.

Kaffeehaus Moisling.
Jeden Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.

**Wegen Verkaufs des Hauses
u. Verlegung meines Geschäfts**
suche mein Lager möglichst zu verkleinern,
verkaufe deshalb sämtliche Artikel mit
10 Prozent Preisermässigung
außerdem rote Rabattmarken.
Günstige Gelegenheit zum Einkauf für
Braut- u. Baby-Ausstattungen.
Heinr. Tesenitz,
Breite Strasse 11.

Bungeoischer Speise-Essig ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Gesangverein „Eiche“

BALL

am Sonntag, dem 28. Mai 1911
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg.,
wofür Garderobe.
Das Komitee.

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.

Ausflug mit Musik
nach Reinfeld i. Holst. (Forsthaus)
am Sonntag, dem 18. Juni 1911.
Abfahrt mittags 12.50 Uhr. Rückfahrt abends 11.04 Uhr.
Herrenkarte 50 Pfg., Damen frei.
Das Komitee.

Konzerthaus „Flora“.
Jeden
Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Waisen-Hof. Sonntag: TANZ.

Einsegele
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen
F. Jenkel.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Louisenlust.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Johs. Benn.
Stockelsdorter Markt.
Montag, den 29. Mai:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet freundlich ein
E. Rottgardt.

Hansa-Halle.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Ende 1 Uhr. Abonnement 50 Pfg.
J. Rieck.

Gasthof St. Wühlen.
Einweihungsball
am Freitag, dem 2. Juni
wozu freundl. einladet
B. Städt.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Tour nach Herrnburg
am Sonntag, dem 28. Mai,
nachm. 3 Uhr, Abfahrt Burgtorbrücke.
Fahrtmitt. H. Der Vorstand.
NB. Da das Sommerfest des
Herrnburger Vereins von der Land-
vogtei in Schönberg nicht genehmigt
ist, findet dafür eine Protestver-
sammlung statt. Genossen, beteiligt
Euch zahlreich an dieser Tour.

Brauerei Fadenburg.
Sonntag, 28. Mai 1911:
Gr. Gartenkonzert
und **Tanzkränzchen.**
Musik: Brenner'sche Kapelle
Leitung:
Kapellmeister H. Brenner.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintr. 10 Pfg.
Otto Tamsen.

Achtung!
Herrnburg.
Arbeiter-Radfahrer.

Am Sonntag, 28. Mai, nachm.
4 Uhr, beabsichtigt der Arbeiter-
Radfahrer-Verein Herrnburg sein
diesjähriges
Sommer-Vergnügen
zu feiern, wozu freundlich einladet
Der Vorstand.

NB. Voraussichtlich wird die
Großherzogliche Landvogtei dieses
Fest der Radfahrer nicht geneh-
migen. Dann wird an denselben
Tage nachmittags 4 Uhr eine große
Protest-Versammlung der Arbeiter-
Radfahrer dafelbst stattfinden. Also,
auf, Genossen und Genossinnen, zum
Protest nach Mecklenburg.
Die Bezirksleitung.

Stadthallentheater.
Sonntag 7 1/2 Uhr. 7. Ab.-Vorstell.
Zum 5. Male:

Sommerspuk.
Ein heiteres Spiel in 4 Akten
von Kurt Kähler.
Größter Lustspiel-Erfolg.
Montag 8 Uhr. 8. Abonn.-Vorst.
Sein Doppelgänger.

Schwank in 3 Akten.
Dienstag: Gastsp. S. Helm. Rod
S. Jbsens Gespöcher.
Dienstag: Gastsp. Hans Helm. Rod
Borverlauf bei S. Nagel u. a. bei
Stadthallentasse.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 26. Mai 1911.

184. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Lesung des Diätengesetzes für die Herbsttagung.

Bebel (SD.): Die Regierung hat es für notwendig gehalten, dieser Vorlage noch eine lange Begründung beizugeben in einer Weise, die mich und wohl Sie alle außerordentlich unangenehm berührt hat. (Sehr wahr! links.) Nachdem es einmal Rechts geworden ist, daß der Reichstag Diäten bezieht, so hätte man sich eine nähere Begründung für die Vorlage überhaupt ersparen können. (Sehr wahr! links.) Die Regierung entschuldigt sich in dieser Begründung förmlich, wozu sie gar keine Veranlassung hat, sie hält es sogar noch für nötig, auseinanderzusetzen, daß der Reichstag durch dies Gesetz in seinen Grundlagen nicht erschüttert werde (Weiterkeit), da ja die betreffenden Summen sonst im Dezember und Januar hätten gezahlt werden müssen. Die ganze Sache macht einen außerordentlich kleinlichen Eindruck. (Sehr wahr! links.) Die Art und Weise, wie der Reichstag behandelt wird, ist seiner unwürdig. Man hätte frühzeitig einberufen. (Sehr wahr! links.) So, wie es nunmehr im Reichstag geordnet wird, kann es nicht weiter gehen. Es werden viel zu hohe Anforderungen an die Arbeitskraft der Abgeordneten gestellt. Auch auf die Beamten des Hauses muß mehr Rücksicht genommen werden. Wir beschäftigen uns mit sozialen Gesetzen, aber an den Schutz des Reichstages denkt kein Mensch. (Sehr wahr! links.) Die Vorlage beweist wieder, wie unhaltbar das Diätengesetz ist. (Lebh. Zust. links.)

Wasser mann (N.): Auch bei uns hat die Art der Regelung dieser Materie schwere Antipathie erregt.

Dr. Müller-Weinungen (Sp.) schließt sich an.

Die Vorlage wird angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Zündwarensteuergesetz.

Enders (Sp.): Wir verurteilen das ganze Gesetz und lehnen daher auch diese Novelle ab. (Bravo! links.)

Brey (SD.): Mit der Vorlage geht die Regierung ein, daß die Zündwarensteuer sich nach kaum zwei Jahren als absolut unbrauchbar erweist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Zweck der Kontingentierung ist nach keiner Richtung erreicht worden. Der Absatz ist zurückgegangen und mit ihm die Arbeitsgelegenheit. Das einzige Mittel zur Befundung ist die Aufhebung der Steuer. Durch die Abänderung der Kontingentierung werden die Konsumenten weiter geschädigt und die Arbeitsgelegenheit noch weiter vermindert. Wir bedauern, daß die Regierung taub geblieben ist gegenüber den Klagen der arbeitslosen Arbeiter der Zündwarenindustrie. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Thoma (N.): Meine Partei ist mit der Vorlage einverstanden.

Das Gesetz wird ebenfalls gleich in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der

Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Winkler (Konf.): Ich möchte nicht durch einen Ton der Verärgerung oder der Schärfe dem Jubel der Linken über die Vereinfachung der konservativen neue Mahnung geben. Unsere Überzeugung, daß der Zeitpunkt, den Reichsländern Autonomie zu gewähren, noch nicht gekommen ist, hat sich im Laufe der Verhandlungen nur verstärkt. Bundesrat und Reichstag geben große Rechte durch diese Vorlage auf und dadurch auch die entsprechenden Pflichten. Wer weiß denn, ob das Schiff auf der neuen Fahrt deutschen

Kurs halten wird. Sehr verstärkt werden unsere Bedenken durch die Klausel wegen der Bundesratsstimmen und durch die Radikalisierung des Wahlrechts. Die deutschen Beamten in Elsaß fürchten, daß in Zukunft die im Lande geborenen Beamten bevorzugt werden würden und daß sie das Land verlassen müssen. (Lachen links.) Auch für meine Freunde ist es eine Freude vorwärts schreiten zu können. (Lautes Lachen links.) Es kommt nur auf den Weg an. Die Verantwortung für den Weg, den der Reichskanzler betritt, können wir nicht übernehmen und um das ausdrücklich festzulegen, beantragen wir namentliche Abstimmung über das Gesetz. (Bravo! rechts.)

Rehner (Z.): Wenn mir auch bei dieser Vorlage nicht mit den Konservativen zusammen gehen können, so liegt doch keine Veranlassung vor, daß wir nicht bei anderen Gelegenheiten wieder zusammen arbeiten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir stimmen der Vorlage zu, weil sie Elsaß-Lothringen größere Selbständigkeit gibt. Wir erwarten, daß die Wahlfreieinteilung gerecht ausfallen wird. Das Wahlrecht ist sehr viel besser, als in anderen Bundesstaaten, auch ganz abgesehen von Preußen. Wir sind überzeugt, daß die Erregung im Lande nach Verabschiedung der Vorlage sich legen wird. (Bravo! im Zentr.)

Frank (SD.): Herr Rehner hat in das blutende Herz des Herrn Winkler Balsam geträufelt. Es handelt sich also hier zwischen Konservativen und Zentrum nicht um eine Scheidung, sondern nur um eine vorübergehende Eileitung. (Weiterkeit.) Neu war in den Gründen des Herrn Winkler gegen die Vorlage nur die Befürchtung, daß durch die Neugestaltung der Verfassung später nur Beamte in Elsaß-Lothringen bevorzugt würden, die im Lande geboren sind. Ich weiß nicht, ob diese Befürchtung richtig ist. Wenn sie aber zutreffen würde, dann wären die Elsaß-Lothringer immer noch besser daran, als die Preußen, denn dort werden nicht die bevorzugt, die im Lande geboren sind, sondern die, die auf dem Lande geboren sind. (Sehr gut! und gr. Weiterkeit links.) Im Namen meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die sozialdemokratische Fraktion bedauert lebhaft, daß es ihr nicht gelungen ist, für Elsaß-Lothringen eine ihren Forderungen entsprechende demokratische Verfassung zu erwirken. Die Übertragung der Staatsgewalt auf den Kaiser und die Errichtung einer Ersten Kammer stehen im Widerspruch mit den Wünschen der Mehrheit der Elsaß-Lothringer, deren Interesse wir hier zu vertreten haben. Auch die Ausübung des an sich demokratischen Wahlrechts geknüpft wurde, sind Rückständigkeiten, deren energische Bekämpfung und deren Beseitigung unser Ziel bleiben wird. Wir haben aber das Vertrauen, daß das verbündeten Regierungen nicht mehr verlangen könnten, die Kraft haben wird, den Willen des elsäß-lothringischen Volkes auch gegen Erste Kammer und Kaiser-gewalt durchzusetzen, und wir sind überzeugt, daß die Rückwirkung der Einführung dieses Wahlrechts auch auf die anderen, in dieser Beziehung zurückgebliebenen Bundesstaaten, nicht wird aufgehoben werden können. Dies sind in Kürze die Gründe, die uns bestimmen, trotz aller Bedenken für die Verfassung und für das Wahlgesetz zu stimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Müller-Weinungen (Sp.): Trotz zahlreicher Bedenken im einzelnen stimmen wir der Verfassung und dem Wahlgesetz zu, in der festen Erwartung, daß die Zukunft deren Recht geben wird, die mit dem Kanzler den Fortschritt dem Stillstand vorziehen. (Bravo! links.)

West-Heidelberg: Man hat von einem unwagten Sprünge gesprochen. Aber es sind Klauten geschaffen, die das Wagnis der Gefährlichkeit entkleiden. Wir wollen nicht neue Enttäuschung und neue Unzufriedenheit in den Reichsländern verbreiten. Stellen deshalb alle Bedenken im einzelnen zurück und stimmen der Vorlage zu. (Bravo! links.)

Schulz (Npt.): Der Teil meiner Fraktion, der die Vorlage ablehnt, sieht in ihr eine Abbrückelung der Kaiser-

macht. Ferner ist uns das Wahlrecht unannehmbar, das so demokratisch gestaltet ist, daß es sogar der Sozialdemokratie gefällt. (Lebh. Zust. rechts.) Als Deutscher der Ostmarken muß ich auch die böse Rückwirkung auf den Osten fürchten. (Sehr wahr! rechts.) Ganz besonders gefährlich erscheint mir die schwankende Haltung der Regierung. Welchen Wert wird in Zukunft ihr Unannehmbar haben? (Sehr gut! rechts, Zuruf b. d. Soz.): Den Wert hat es schon bei der Erbschaftsteuer verloren!

Gräf Brudzewski (Npt.): Auch ich muß mich gegen die Vorlage erklären. (Zuruf links: Nach dem Sakatilen der Pole! Weiterkeit.) Mir kommt bei dieser Sache alles verächtlich vor. Die Konservativen gegen die Regierung! Der Kanzler gegen die Konservativen! Das Zentrum gegen verfassungsmäßige Festlegung der konfessionellen Volksschule! Die Sozialdemokraten für den Sprachenparagrafen! Eine unüberwindliche Kompromißsucht hat am Ende dieses Sessionsabschnittes fast den ganzen Reichstag ergriffen. Uns macht schon der Sprachenparagraf die Vorlage unannehmbar. (Bravo! b. d. Wofen.)

Dr. Höffel (Npt.) erklärt namens der Mehrheit seiner Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage.

Ricklin (Glässer): Wir lehnen die Vorlage ab, weil sie in staatsrechtlicher Beziehung für Elsaß-Lothringen keine wesentliche Verbesserung bringt und weil die Wahlfreieinteilung und die Ablehnung der Listenwahl uns nicht gefällt. Rehner verbietet sich, obwohl ihn der Vizepräsident Dr. Spahn vier bis fünfmal um Kürze bittet, sehr ausführlich über Fragen der Wahlfreieinteilung und über Vorgänge im Landesauswahlgang. Die elsäßlichen Sozialdemokraten sind durchaus nicht mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden. Die Kollegen Emmel und Böhle werden sicherlich zu Hause keinen besonders guten Empfang finden.

Wreiß (Glässer) erklärt sich gegen die Vorlage, die die Gemüter nicht beruhigen, sondern das Signal zu neuen leidenschaftlichen Kämpfen sein wird. (Bravo! b. d. Glässern.) Die Abgeordneten Wonderschuer und Gregoire (Glässer) erklären, daß sie mit der Mehrheit des Reichstages für die Vorlage stimmen würden, deren Zugeständnisse so fundamentaler Natur sind, daß es unverantwortlich sein würde, sie zurückzuweisen.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdebatte wird das Verfassungsgesetz und das Wahlgesetz angenommen.

Die namentliche Gesamtstimmung ergibt die Annahme der Gesetze mit 211 gegen 93 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen.

(Das Resultat wird mit lebhaftem Bravo begrüßt.)

Es folgt die dritte Lesung der

Reichsversicherungsgesetz.

Trimborn (Z.): Hätten alle Parteien so ausgiebig Gebrauch von der Redefreiheit gemacht, wie die Sozialdemokraten, so wäre an eine Verabschiedung der Vorlage nicht zu denken gewesen. (Sehr richtig! im Zentr.) Der Kampf um die Reichsversicherungsgesetz wird erst bei den Wahlen ausgefochten werden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die Haupttugend der Versicherungsgesetz ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf weitere Kreise und die Witwen- und Waisenversicherung. Leider werden die Hinterbliebenenrenten nicht allzu hoch sein. Für die Übergangszeit sogar sehr gering. Zu unserem lebhaften Bedauern sind alle Versuche, sie zu erhöhen, an dem Widerspruch des Reichsfinanzamtes gescheitert. Zu begrüßen ist ferner die Beseitigung der bisherigenerspaltung des Rechtsweges und eine Reihe organisatorischer Verbesserungen. Für die Werkmeister, Handlungsgehilfen usw. soll noch eine Erhöhung der Versicherungsgränze von 2000 auf 2500 M. Einkommen in dritter Lesung durchgeführt werden. Bei den Krankenkassen ist nicht eine Entrechtung der Angehörigen, sondern ihre Neutralisierung erreicht worden. Die Zustimmung zu den Landtrankassen wird mir beson-

Die Vagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(65. Fortsetzung.)

Die Frau, welche das Appartement vermietete, zeigte sich wirklich als Vertraute, sie verschwiegte dem neuen Einwohner nicht, daß Madame Barbe die bedeutende Summe dafür zahle seit jenem Abend, wo er sie und sie ihn zum ersten Male im Theater gesehen; — nur, um für den Fall eines erwünschten Zusammentreffens gleich vorjagt zu sein. Während sie ihm diesen und noch hundert kleine Umstände mitteilte, die sämtlich darauf berechnet waren, ihn immer mehr zu entkommen, redete sie ihn nicht anders an, als mit „Herr Baron“!

Als diese Anrede ihm zum ersten Male entgegengeflattert wurde, stand er schon im Begriff, sie zurückzuwerfen wie eine ihm nicht gebührende; besann sich aber noch zu rechter Zeit; dachte, das mag Bärbel verantworten, die am besten wissen muß, wie und warum es in ihren Kram taugt, ließ sich sodann in einen Sessel sinken und sprach zur Wittin: „Meine gute Dame, sollte ich etwas bedürfen, so werde ich läuten.“

Und wie er allein war, fügte er hinzu: „Warum sollte ich nicht auch Baron spielen können, traue ich mir doch zu, einen Grafen herauszubringen, wie sie jetzt mitunter laufen! Was die Bärbel so eigentlich von mir will? Wo es hinaus soll, das weiß ich freilich noch nicht. Aber nun ist es schon alles eins. Ob sie mich packen und festnehmen, weil ich mit eines anderen Reisepaß nach Paris kam — und etwas dergleichen blüht mir, sobald ich mich zur Rückreise nach Deutschland bei der Behörde melde — oder ob sie mich einschachteln, weil meine Wittin mich baronisiert; es ist zuletzt gleichviel. Fest gefahren habe ich mich nun einmal im tiefsten Sumpfe. Was ich beginnen sollte, mußte ich ohnehin nicht, mein Latein war am Ende. Adele bleibt unauffindbar. Gold wird in meiner Börse auch bald nicht mehr zu finden sein. Mit Stubensitzen, Studieren, Fleiß, Entfaltung, Schwermur und frommen Wünschen ging es nicht vom Flecke. Mag denn der Leichtsin einmal regieren, und hol's der Henker!“

Diese wenigen Worte aus dem Munde und aus der Seele eines jungen Menschen, wie wir Anton bisher gekannt, sind von schwerer Bedeutung und zeigen, welche Veränderung seit der einen Nacht, die er mit Bärbel zubrachte, in ihm vorgegangen ist! Und wenn die Sage vom Liebeszauber, wie sie im Volke lebte und noch waltet, als düstere, sünd-

liche und zugleich lügenhafte Mythe betrachtet werden soll, so sind doch einzelne Fälle dem hier vorliegenden ähnlich, nicht wegzuleugnen. Gerade aus dem Vagabundendolde der Zigeuner durch alle Abstufungen hindurch, wie Vermischung mit anderen Rassen unter ihnen bezeugt, wachsen noch immer Geschöpfe, die sich darin von gewöhnlichen Bühlerinnen und Verführerinnen wunderbar unterscheiden, daß ihre rechte, gewalttätige Macht über den Verführten erst da beginnt, wo sonst, mit Erreichung eines erschütten Bestandes, der Zauber zu schwinden, zu erlöschen anfängt. Aus solchen Bänden erlöst oftmals nur der Tod.

Als Anton sich in den zierlichen, nun von ihm bewohnten Räumen genügend umgesehen, seine Schriften geordnet, dem Tagebuche die neuen Erfahrungen, Gefühle, Wünsche, die ihn durchstürmten, des breiteren anvertraut, — überkam ihn nachgerade mit Ablauf des Tages eine heftige Begierde nach ihr, die er nun seit zweimal vierundzwanzig Stunden entbehren mußte, die er an der Seite des erklärten und berechtigten Verführers mußte, und die immer noch nichts von sich vernachlässigen ließ. Eifersucht gegen Theodor mischte sich in diese verzehrende Ungeduld. Schon war er willens, dem heute erst zu seinem Führer erwählten und bestätigten Leichtsin das gefährlichste Opfer zu bringen und sich rückwärts, ohne Vorbereitung, geradezu in das Hotel zu stürzen, aus dessen Fenster dem Sapogarden ein Taler, ihm jedoch eine mit vielen tausend Talern noch zu wohlfeil bezahlte Anweisung entgegen geworfen worden, — da trat zum Glück Madame Feval ein und legte ein kleines, moschusduftiges Paketchen auf die Marmorplatte des Tischchens vor seinem Sofa.

„Von wem?“ fragte er bebend.

„Von ihr!“ antwortete die Bringerin und verschwand.

Das erste, was ihm in die Hände fiel, war ein Hundert fein gestochener, mit seiner jetzigen Adresse bezeichneten Visitenkarten, auf denen zu lesen stand: Le Baron Antoine de la Vannière *).

Er mußte hellen Halses auslachen über den Vereim von Schlaubeit und Frechheit, der diesen Namen für ihn erfunden.

Sodann enthüllte er den beigelegten Briefbogen, der eine bedeutende Summe in Bankbillets enthielt. Diese schob er wie etwas Verächtliches beiseite. Der Inhalt des Schreibens schien ihm ungleich wichtiger.

„Nun“, murmelte er, — „wenn sie auch ganz extralich

plaudern gelernt, mit dem Schreiben sieht es übel aus; ich werde mich aufs Deciffrieren legen müssen.“

Er schloß die Tür, um vor jeder Störung sicher zu sein, und vertiefte sich ins Lesen.

Der lange Brief, in welchem weder eine zärtliche Anrede, noch eine Erinnerung an das Vorgefallene, noch eine Andeutung für künftig, kurz nicht eine Silbe, auf Liebe hinweisend, zu entdecken war, gab, so gedrängt und bündig zusammengefaßt, wie Frauen selten schreiben, nur die Anweisung, was der neugeadelte Baron zu tun habe, um sich passend bei Theodor einzuführen, und wie sein Benehmen ferner geregelt werden solle.

Anton studierte voll eiserner Aufmerksamkeit diese Verwaltungsbefehle, prägte sich Punkt für Punkt auf das gewissenhafteste ein; sagte dann, wie wenn er sich durch solche Äußerung gegen die Vorwürfe eines Dritten zu verteidigen hätte: „Dazu brauche ich freilich Geld!“ raffte die umhergestreuten Banknoten fein säuberlich zusammen, schob sie in sein Portefeuille und rief sich selbst betäubend aus: „en avant, mon cher Baron, et vogue la guerre!“

Zwei Tage später sehen wir ein elegantes Kabriolett (de remise) vor Theodor's Hotel halten. Ein ehrer Stutzer springt heraus und fragt den zuvorkommenden Portier im pariserischen Französisch, ob Monsieur d'Elft visibel sei. Dann fliegt er die breiten Treppe hinauf, bittet, oben angelangt, Herrn Baron de la Vannière zu melden, und steht sehr bald vor demselben jungen Herrn, der ihm bereinst einige Goldstücke fürs Begräbnis des schwarzen Wolfsgang anbieten wollte, welche aber bekanntlich schon zu rückgemietet wurden. Anton denkt wohl in diesem kritischen Augenblicke daran, und er muß den Mund zum Lächeln verziehen, weil er sich nicht ableugnen kann, daß es dieses nämlichen jungen Herrn Gelder sind, womit der neue Herr Baron sich ausstuferte. So ändern sich die Zeiten, — und wir in ihnen, seufzt er leise.

„Herr Baron“, empfängt ihn Theodor, „Sie häufen Großmut auf Güte. Gestern retteten Sie meine — meine Frau aus der schmachvollsten Verlegenheit, und heute kommen Sie mir zuvor, der ich mich vergebens bemühte, Ihre Wohnung auszukundschaften, was um so schwerer ward, da ich Ihren Namen nur oberflächlich kannte. Das ist der Herr“, — mit diesen Worten wendete sich der Sprechende zu einem dritten Anwesenden und schien froh, diesen seinen deutschen Landsmann deutsch anreden zu können, — „das ist der Herr, der meinem Bärbelchen gestern einen kolossalen Dienst erwiesen hat. Stellen Sie sich vor, liebster

* Le vannier, Der Korbflechter.

Die schwarzen Briefe der Industriegewaltigen mehren sich von Tag zu Tag. Neuerdings wird folgendes Schriftstück versandt:
Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk.
Geschäftsstelle: Elberfeld, Berlinerstraße 44. —
Fernspr. 4755.
Elberfeld, den 10. Mai 1911.
Vertraulich!
An die Mitglieder unseres Verbandes.
Der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände Berlin bittet uns telegraphisch, unsere Mitglieder zu erlösen, etwa aus textilgewerblichen Vertrieben Westfalens kommende Arbeiter und Arbeiterinnen nicht einzustellen.

Wir bringen unseren Mitgliedern diesen Wunsch mit dem Ersuchen um sorgfältige Beachtung zur Kenntnis.
Hochachtungsvoll!
Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk.

Dieses Schreiben illustriert die brutale, unerschämte Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums wieder vortrefflich. Mit „sorgfältiger Beachtung“ werden die armen Textilarbeiter von Ort zu Ort gekehrt, um sie so als willige Ausbeutungsklaven fesseln zu bekommen. Wieviel Tausende von Arbeitern sagen hier die Textilfabrikanten in Not und Elend, ohne daß die Leute auch nur die geringste Veranlassung zur Aussperrung gegeben hatten!

Ein ähnlicher Urtasbrief kommt aus dem „freieren“ demokratischen Süden. Er lautet:
Vertraulich!
Arbeitgeberverband für den Bezirk Speyer.
Speyer a. Rh. im April 1911.

An unsere Mitglieder!
Mit gegenwärtigem Ersuchen wir unsere verehrten Mitglieder, Meldungen bezüglich Arbeiter, welche ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Arbeit verlassen, oder andere Tatsachen, welche unseren Mitgliedern mitzuteilen sind, immer möglichst rasch erledigen zu wollen. Es empfiehlt sich die Mitteilung per Telephon an das Bureau des Vorsitzenden (Rufnummer 69) unter nachträglicher schriftlicher Bestätigung, damit die Verbandspflichten aller Mitglieder unter sich gewissenhafte und prompte Erledigung erfahren.

Arbeiter, welche unter Verstoß gegen die Arbeitsordnung die Arbeitsstelle verlassen, bitten wir auf die Dauer von drei Monaten in Verbandsbetriebe nicht einzustellen.
Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband für den Bezirk Speyer.
Beim Nachsehen im Telefonverzeichnis entdeckte unser Pfälzer Parteiblatt, daß die Rufnummer 69 in die Zementwarenfabrik (Inhaber Kommerzienrat Kirmeyer) geht. Den Unternehmern muß es selbst geschwam haben, daß dieses Schriftstück ein Schandfleck ist, denn niemand fand den Mut, es mit seinem Namen zu unterzeichnen. Welches Indignation würde die Unternehmer annehmen, wenn die Arbeiter beschließen würden, daß drei Monate lang kein Arbeiter in einem Verbandsgeschäft Arbeit nehmen solle. Terrorismus über Terrorismusgeschichten wären in den bürgerlichen Zeitungen zu lesen, ja man würde die Staatsanwaltschaft mobil machen. „Wenn zwei daselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe“, so denken auch diese Scharfmacher. Doch gemacht, ihr Herren, auch hier wird es tagen, dann werdet ihr Sturm ernten für den Wind, den ihr gesät habt. Mehr wie je gilt es aber für die Arbeiterschaft, die Lauen und Tragen aufzurütteln, damit die Geschlossenheit der Arbeiter noch eine kompaktere wird.

Unter der Herrschaft der Agrarier.

Die ganze, schier grenzenlose Rücksichtslosigkeit der agrarischen Ausbeuter wird treffend durch folgende Fälle gekennzeichnet, von denen einer im Königreich Sachsen sich ereignete, und die zwei andern in der Provinz Sachsen sich abspielten.

1. Gefindequälerei. Auf dem Gärtnerischen Gute in Podelwitz bei Leipzig war die 15 Jahre alte Dienstmagd S. aus Seehausen in Stellung. Trotz seiner Jugend wurde das Mädchen mit der schwersten Arbeit betraut, und zwar von früh 4 1/2 Uhr bis in die späte Nacht hinein. Vor 9 1/2 Uhr abends gab es selten Ruhe und noch weniger Zeit zum Reinigen des Körpers und der Sachen. Als das Mädchen infolge dieser Verhältnisse mit Ungeziefer behaftet war, wurde eine auf dem Gute beschäftigte Frau beauftragt, die Magd im Stalle zu kämmen, und zwar im Weisem des Besitzers, seiner Frau und seines Sohnes und unter einer Flut von Schmähungen. Als die Prozedur zu lange dauerte, erklärte der Bauer: „Dem Dreckscluder müssen gleich die Zotteln abgeschritten werden!“ Dieser Rat wurde auch sofort befolgt. Die Tochter eilte, die Schere zu holen, und dann wurde das Mädchen trotz seiner Gegenwehr mit Gewalt auf einen Schemel gedrückt und seines Haars beraubt. Dann wurde der Kopf mit Petroleum abgeseuert. Außerdem wurde das Mädchen vom Tisch gewiesen und wie ein Hund in der Stubenecke abgefüttert. Die Bitte des Mädchens, es nach Hause zu lassen, damit es sich einmal ordentlich reinigen könne, wurde mit dem Bemerkten abgeschlagen, in Seehausen herrsche die Maul- und Klauenseuche, dort könne es nicht hin. Den Eltern der S. aber schrieb Herr Gärtner, ihre Tochter sei erkrankt. Als der Vater in Sorge um sein Kind sofort nach Podelwitz eilte, fand er das Mädchen gesund, aber völlig entstellt auf dem Gutshof vor. Nach einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Bauern nahm der Vater die Magd vom Gute weg, um sie zu Hause vom Ungeziefer zu befreien. Gegen den menschenfreundlichen Besitzer ist bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Sicherlich wird er aber mit einer sehr milden Strafe wegkommen.

2. Tägliche Ausländer. Auf dem Gute Storkwitz in der Provinz Sachsen legten vor einigen Tagen die russischen Arbeiter gemeinsam die Arbeit nieder. Wer nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist, der weiß, eine wie unerhörte Behandlung diesen genügsamen Arbeitssklaven zuteil geworden sein muß, ehe sie zur Arbeitsniederlegung schritten. Nach bewährter Manier versuchte der Gutsherr, sie mit Gewalt zur Arbeit anzutreiben. Der Versuch mißlang und es kam zu Schlägereien. Selbstverständlich sprang jetzt die Justiz für den schwerbedrängten Gutsherr ein; die russischen Arbeiter wurden als „lästige Ausländer“ ausgewiesen.

3. Kinderarbeit auf dem Lande. Aus Peltbra berichtet ein Parteiblatt: Ein fragwürdiges Kulturbild entrollt sich seit Sonnabend voriger Woche am hiesigen Ort. Täglich werden jetzt die Kinder auf holprige Wagen „verladen“, um nach dem fast drei Stunden (!) entfernten Burgisdorf zum Rübenverziehen transportiert zu werden. Ebeling heißt der Großagrарier, der die Kindlein

zu sich kommen läßt, um sie in der Landwirtschaft zu beschäftigen. Damit keine Minute Zeit vergeht, werden manche Kinder gleich nach Schluß von ihren Müttern an der „Verladestelle“ erwartet. Die Armen tauschen die Schulbücher gegen ein bißchen Essen ein und im Nu geht auf dem Ackerwagen den agrarischen Gefilden zu. Mädchen und Knaben werden so auf dem Wagen bunt durcheinander geschüttelt. Hier kümmert sich weder die Polizei noch die Schulbehörde um die Gefährdung der Sittlichkeit. Und auch die „nationalen Jugendauschüsse“, die jetzt überall wie Pilze aus der Erde schießen, denken nicht daran, hier bessernd einzugreifen. Selbstverständlich nicht, es handelt sich ja um den dreimal heiligen Junkerprofit.

Kommunales.

Ein Gartenstadtplan. Freiherr v. Sydow ist Besitzer einer großen Waldung in den Gemeinden Westerkelbe, Netze, Guckard, Wischlingen, Rahm, Kirchlinde. Die Gemeinden liegen vor den Toren Dortmunds und sollen schon in der nächsten Zeit zum größten Teile eingemeindet werden. Freiherr v. Sydow beabsichtigt nun, den ganzen Wald niederlegen zu lassen und an dessen Stelle eine Art Gartenstadt zu errichten. Die Gemeindevertretung von Rahm hat sich bereits mit einem entsprechenden Antrage Sydows beschäftigt. Auf diese Gemeinde entfallen 76 Hektar, für die der Bau von Landhäusern für etwa 4000 Einwohner beabsichtigt ist. Es wird dabei auf etwa 1800 Schulkinder gerechnet, die eine Schule mit mehr als 20 Lehrkräften erfordern. Die Gemeindevertretung von Rahm beriet nun darüber, ob man den Freiherrn zu den Kosten für die neue Schule usw. heranziehen solle. Die Gemeindevertretung stellte eine Berechnung auf, nach der er eine Kapitalabfindungssumme von 719 000 Mk. zahlen müßte. Die übrigen Gemeinden haben ihre Forderungen noch nicht formuliert. Es handelt sich also um ein außerordentlich umfangreiches Projekt, das dadurch bedeutsam ist, daß in dem dortigen Bezirk der Verfall von so vielen Häusern hat. Wegen einer Ansiedlung solcher Art ist immerhin weniger einzuwenden, als gegen die Klavendörfer, die die Becken in Form von Kolonien umgeben und Eigentum der Beckenbesitzer sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Festungsbefehl. Der Rechtskandidat Hans von Zwehl aus Celle, zurzeit in Königsberg, und ein Rechtsanwalt hatten sich wegen Kartelltragens eine Festungsbefehl zugezogen, die sie im Sommer 1910 in der Zitadelle zu Magdeburg verbüßten. Während seiner Festungszeit soll v. Zwehl drei militärische Posten beleidigt haben; er hatte sich deswegen am Dienstag vor dem Magdeburger Schöffengerichte zu verantworten. v. Zwehl war vom persönlichen Erscheinen entbunden; verteidigt wurde er von seinem Festungsgenossen. Er schilberte, daß man auf der Festung viel getrunken und gut gegessen habe, auch die Ordnungen und Posten habe man nicht etwa Not leiden lassen. Es habe ein sehr freier Ton geherrscht, aber niemand habe dem anderen etwas übel genommen, vielmehr habe man sehr gemütlich gelebt und sich bemüht, die strengen Vorschriften zu umgehen. v. Zwehl sei sehr nervös gewesen; das habe ihn aber nicht gehindert, sich bei Wein und Weibern nach Herzenslust auszuleben, wenn er Stadurlaub hatte. Am 15. Juli 1910 machte v. Zwehl in seiner Festungsstube noch um Mitternacht Licht, obwohl nach Vorschrift um 11 Uhr abends alles dunkel sein muß. Als ihn der nachts habende Posten wiederholt ermahnte, das Licht auszuschließen, rief v. Zwehl ihm zu: „Halt da unten die Lade!“ Mit Rücksicht auf den üblichen freien Ton nahm der Posten die Worte nicht übel, aber der Kommandant stellte Strafantrag wegen Beleidigung; in Frage kamen auch noch zwei andere Fälle. v. Zwehl hatte eines Tages ein Stelldichein mit einer Dame verabredet, aber seinen Stadurlaub erhalten. Er faltete darauf den ablehnenden Bescheid so zusammen, daß man nur die Unterschrift des Kommandanten sah und zeigte sie dem Posten als „Legitimation“ vor. Als sich der Posten von der Nichtigkeit der Legitimation überzeugen wollte, wurde er von v. Zwehl angegriffen, worauf der Posten den Herrn passieren ließ. Beim zweiten Posten erlaubte sich v. Zwehl eine Redensart, die man in Anstandsbüchern vergebens sucht. — In der Verhandlung bekundeten die Zeugen, sie hätten sich durchaus nicht beleidigt gefühlt. Das Gericht erkannte denn auch auf Freisprechung.

Aus Nah und Fern.

Großfeuer. Bei einem Donnerstag nacht in Mescherin (Pommern) entstandenen Großfeuer wurden die Gehöfte von fünf kleinen Besitzern und drei Scheunen eines Großbauern in Asche gelegt. Der Hofausseher Goll wurde von einem einstürzenden Dache erschlagen.

Automobil-Unfälle. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich kurz vor dem Dorfe Jerstedt bei Goslar. Ein mit drei Personen besetztes Berliner Automobil passierte in schnellem Tempo die Dorfstraße und fuhr dann gegen einen Holzwagen. Der Kraftwagen wurde zertrümmert. Der Fahrerbesitzer Blumenberg aus Schöneberg bei Berlin wurde herausgeschleudert und so schwer verletzt, daß er in wenigen Minuten starb. Der mitfahrende Dr. Bink erlitt leichtere Verletzungen, der Chauffeur wurde am Arm verletzt. — In der Nacht zum Donnerstag passierte ein mit vier Personen besetztes Automobil gegen 3 Uhr die Derendorfer Brücke in Düsseldorf und rannte mit großer Wucht gegen einen Baum. Der Chauffeur und die vier Insassen wurden hinausgeschleudert und schwer verwundet.

Ländlich, nützlich! Im „Regat-Boten“, einem fränkischen Lokalblatt, findet sich folgende originelle Schilderung über einen widerspenstigen Gemeindevorstand: Im nahen Wernfels ist dieser Tage ein heiteres Stücken passiert. Das ist ein Kreuz, sagt der Heiner, der jetzige Zuchthaushalter und Polizeidiener a. D., wenn man für eine ganze Gemeinde einen Bullen kaufen soll. Voriges Jahr haben wir einen gekauft, der war allen Leuten zu klein. Feuer haben wir einen schönen Kerl, sagt er, und der Gemeindevorstand sagt es auch, der Bürgermeister war selbst dabei, wie wir ihn gekauft haben, aber springen will er nicht. Nun warten wir halt, meinte er; und sie haben gewartet. Wichtig sollte er wieder einmal seines Amtes walten. Die ganze Nachbarschaft war neugierig und hatte sich versammelt aber es war wieder nichts. Den heben wir hinauf, sagte so ein Pfiffikus. Ein Paar Schubkarrenträger her, habens geschrien und gehoben habens, ein Wirt, der Gemeindevorstand und noch zwei bis drei tüchtige Handfeste, daß sie geschwigt haben, aber in die Höhe gebracht habens ihn nicht. Laßt ihn gehen, sagte der Gemeindevorstand, und laßt ihn zum Teufel, wenn uns jemand sieht, werden wir auf die Fallnacht gespielt. Donnerwetter, sagte darauf der Heiner, wenn's nicht anders geht, müssen wir eine Wunde nehmen, da geht mir zwölft Geld verloren. Sonst hat mir ein Ochse etwas eingetragen und mit dem ist's nichts, seufzte er schwer. Und beinahe wären ihm die Tränen gekommen. Nun wollen sie extra eine Patent-

winde bestellen, wie es mit der geht, müssen wir halt abwarten. — Hoffentlich gehts den Wernfelsern dabei nicht so wie den Schulbürgern, als sie ihren Ochsen zum Grafen auf die Stadtmauer zogen.

Berggipfel. In Bergreichenstein im sächsischen Vogtlande sind nach dem Genuß von Sauerampfer ähnlichen Wässern sechs Kinder unter gräßlichen Schmerzen gestorben. — Von einer 14tägigen Landwehrlung in Witzsch zurückgekehrt, sind mehr als zehn Mann aus der Gegend von Andlau an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein 32 Jahre alter Waldarbeiter starb unter schrecklichen Schmerzen. Die übrigen liegen noch krank darnieder. Die Vergiftung scheint von der Nahrung her zu kommen. Die Behörde ist bemüht, den mysteriösen Fall aufzuklären.

Christlicher Zelosismus. Der bekannte Forscher Ernst Haackel in Jena ist kürzlich von einem Unfall betroffen worden, der den hochbetagten Mann längere Zeit an das Krankenlager fesseln wird. Ernst Haackel, der erst jüngst wieder seine Gegnerschaft zum Sozialismus öffentlich bekundet hat, ist den Frommen im Lande längst ein Dorn im Auge, weil das Ergebnis seiner Forschungen sich mit dem Bibelglauben durchaus nicht in Einklang bringen läßt. Einer dieser Frommen hat es nun fertig gebracht, dem Professor folgenden Brief zu schreiben:
Berlin, den 22. Mai 1911.

Sehr geehrter Herr Professor!
Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher, so heißt es in einem alten Sprichwort. Endlich, endlich hat der ewige, gerechte Gott, dessen unsagbare Langmut und Geduld Ihnen gegenüber geradezu anbetungswürdig ist, Ihnen sich offenbart! Es ist Gottes, Jamohl des lebendigen Gottes Hand gewesen, die Sie jetzt noch in so hohem Alter geschlagen hat! Mit unverhohlener Freude und Genugtuung haben wir positiven Christen davon gehört, daß Sie nun hoffentlich zu dauerndem Siedtum verurteilt sind. Mögen Sie auf Ihrem Schmerzenslager zu dem Bewußtsein kommen, daß Gott sich nicht spotten läßt, und mögen Sie vielleicht doch noch der Erfahrung teilhaftig werden, daß es besser ist, ein Gottesbefehler als ein Gottesverleugner und Abtrünniger der Kirche zu werden. Kurz nachdem Sie aus der Kirche ausgestiegen sind, hat Sie der lebendige Gott von Ihrer Überhebung herabgestürzt! Vielleicht hilft Ihnen nun der Gott der Affen! Sie selbst sehen allerdings einem Affen ähnlicher als einem Menschen.

Mit dem Wunsche, daß Ihnen der lebendige Gott noch viele Zeichen seiner Allmacht in Gestalt von Schmerzen und Siedtum geben möge, daß Sie sich krümmen unter Schmerzen, daß Sie nie wieder ganz geheilt werden mögen.

Im Auftrage vieler positiver Christen, die sich über die gerechte Strafe Gottes freuen.
Prof. D. v. B.

Natürlich hat der Briefschreiber seinen wirtlichen Namen nicht unter seinen Gruß gesetzt. Aber es ist immerhin bezweifelnd, welcher Rohheit diese Rächer christlichen Mitgefühl fähig sind, wenn es sich um Andersgesinnte handelt. Es ist Geist aus der Zeit des Scheiterhaufens, der diese fromme Epistel durchweht.

Zwei Arbeiter erstickt. Gestern vormittag gegen 7 Uhr stieg in Duisburg ein Arbeiter in eine Entgrube, um diese zu reinigen. Er wurde von giftigen Gasen betäubt. Ein anderer Arbeiter, der ihn retten wollte, erlitt das gleiche Schicksal. Die Feuerwehr mußte beide aus der Grube herausziehen; doch waren alle Wiederbelebungsbemühungen erfolglos.

Eine Ordnungshäute geborsten. Gegen den ersten Beigeordneten Elberfelds, Karl Weiffert, ist wegen Amtsmissbrauchs das Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Weiffert hatte, wie Genosse Lande in der Begründung einer von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Interpellation ausführte, sein Amt mißbraucht, um ein sittliches Vergleichen für sich und sich selbst zu machen. In der Verantwortung der Interpellation führte der Oberbürgermeister Funk aus, es berühre ihn sehr peinlich, daß Weiffert ihm nichts gesagt habe; er hätte doch zum mindesten Veranlassung nehmen müssen, die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen sich selbst zu beantragen. Das Ansehen der Verwaltung und der Stadt erfordere es, daß jetzt das Disziplinarverfahren eingeleitet werde. Selbstverständlich würden auch Maßnahmen getroffen werden, um Weiffert das Prädium der Stadtorbundenvermittlung zu entziehen. Weiffert hat sich in Elberfeld als Sozialistenfreier bekannt und berüchtigt gemacht. So ist es u. a. in der Hauptfrage auf ihn zurückzuführen, daß der Genosse Hoffmann-Elberfeld in einem Polizeimißhandlungsprozeß einige Monate Gefängnis bekam. Die Güter der Ordnung in Elberfeld werden auf diese schätzenswerte Kraft nun wohl verzichten müssen.

Neu-Byzanz. Die Art, wie man in Köln Wilhelm II und seine Gemahlin empfangen hat, fordert zur schärfsten Kritik heraus. Man hat auf städtische Kosten acht Kilometer Straßen mit Pflanzen-, Flaggen- und stützlichen Schmuck und mit zahlreichen Triumpfbogen versehen. Man hat unerhörte Aufwendungen für Beleuchtungskünste gemacht und auf dem Rhein ein Feuerwerk von nie gelehener Pracht und von mehr als einstündiger Dauer veranstaltet. Dazu kam ein Festmahl auf dem eigens renovierten Gürzenich, an dem sechshundert Personen teilgenommen haben sollen. Von Kennern werden die Ausgaben aus dem Stadtsäckel auf mindestens 200 000 Mark geschätzt. Was der Prunk tatsächlich kostet, wird die Öffentlichkeit wohl nie erfahren. Wie man das Geld hinausgeworfen hat, das mag man daran erkennen, daß man eigens zwei kostbare Marmorlossetts für den kaiserlichen Besuch im Gürzenich errichtete, die Tags darauf wieder entfernt wurden. Die Kosten der beiden Lossetts sollen gegen 40 000 Mark betragen. Diese wahnwitzige Vergeudung städtischer Mittel hat die Stadt Köln begangen, obwohl die Schul- und Badenerhältnisse dort alles zu wünschen übrig lassen, obwohl man die Kinder der Armen dort zum Spott Böswilliger mit Klappernden Holzpatzantinen statt Lederschuhen laufen läßt und obwohl die städtische Fürsorge für Lungentranke im verfloffenen Winter mehrere Monate lang die Abgabe von Milch einstellte, weil keine Mittel da seien. Für den fünfstündigen Kaiserbesuch warf man Hunderttausende hinaus.

Berggipfel. In Mescherin a. O. brach in vergangener Nacht ein Großfeuer aus, das sich auf acht Bauerngehöfte übergriff. Vier Gehöfte wurden eingeschert. Auf einem kam der gesamte Viehbestand um, auf einem anderen wurde er teilweise in Mitleidenenschaft gezogen. Bei den Löscharbeiten wurde der 56jährige Hofinspektor der Mescheriner Zuckerfabrik Goll durch eine einstürzende Wand erschlagen.

Ertrunken. Der Magistratsbote Mubele in Augsburg besichtigte mit seinem dreizehnjährigen Sohn Donnerstag vormittag das Hochwasser des Lechs. Infolge Abbröckelung des Ufers stürzte der Sohn in die hochgehenden Fluten. Der Vater sprang zur Rettung nach. Beide ertranken.

Schweres Schiffungslid. Wie aus Panama berichtet wird, ist der Dampfer „Laboga“ der National Steamship Line am 23. d. M. in der Höhe von Punta Mala auf einen Felsen aufgelaufen und gesunken. Soweit bisher bekannt, sind von hundert Passagieren, die sich an Bord befanden, nur vierzig gerettet.

Ein echt russisches Stück. Vor einigen Jahren hatte der Petersburger Stadtrat Generalmajor Medwedjew die Verwaltung der städtischen Gaswerke übernommen. Bei einer Revision der Kohlenvorräte waren vier Millionen Kilogramm Steinkohlen verschwunden. Da Medwedjew ein tadelloser russischer Ehrenmann ist, gab er für das Verschwinden der Vorräte die originelle Erklärung, daß die in Petersburg herrschenden starken Winde die verluftig gegangenen vier Millionen Kilogramm Kohlen fortgeweht hätten. Die ebenso tadellos ehrenhafte Stadtverwaltung glaubte an die Macht der Winde. Das ist um so verständlicher, als auch in anderen städtischen Verwaltungskörpern die Naturkräfte ähnlich stark gehaust haben. Der jetzt mit der Revision der Stadtverwaltung betraute Senator Reizhardt ist weniger gutgläubig. Neben anderen Musterbeamten hat er auch gegen Generalmajor Medwedjew Anzeige erhoben, weil dieser die Steinkohlen verkauft und das Geld eingestekt hat.

Eine Ortschaft verschüttet. Nach einer Meldung aus Etobelew im Bergengebiet ist die Ortschaft Dreifcher auf dem Kamirplateau während eines Erdbebens im Februar durch einen Bergsturz vollkommen verschüttet worden. In vier anderen Dörfern wurden viele Häuser zerstört. Hundertzwanzig Menschen sind umgekommen.

Bei einer ländlichen Festlichkeit in Felsbrakes (Ungarn) forderte die Gendarmerie die Leute auf, ihr Lager nicht auf der Straße, sondern auf dem Hofe des Wirtshauses abzulagern. Ein Unteroffizier, der sich dem widersetzte, wurde festgenommen. Darauf bewar die Menge die Gendarmerie mit Steinen und verletzte einen Gendarmen schwer. Infolgedessen gab die Gendarmerie Feuer. Zwei Personen wurden getötet, ein Mädchen leicht verletzt.

Niesenbrand. Auf der japanischen Insel Fedda ist ein Niesenbrand ausgebrochen, der Hunderte von Quadratkilometern umfaßt. Es brennen die Städte Otoru, Sacharo und die umliegenden Wälder, die die Stadt Sakodato bedrohen. In der Provinz Kumamoto ist ein vulkanischer Erdbrock entfallen, der hundert Häuser mit ihren Bewohnern verschlungen hat.

Todessturz eines englischen Fliegers. Der Aviatiker Benson stürzte am Mittwoch bei einem Flugversuch in London aus einer Höhe von 30 Meter herab. Er war sofort tot; die herbeigeeilten Ärzte stellten einen Bruch der Schädelbasis fest. Der bedauerliche Unfall ereignete sich dadurch, daß Benson zu stark an dem Steuerungshebel riß, so daß der Apparat umkippte.

Die Lynchjustiz sieht in Amerika nach wie vor in Blüte. So erschienen kürzlich in dem Gefängnis von Lake City (Florida) zehn Männer in Automobilen und zeigten dem 17-jährigen Sohne des Sheriffs ein gefälschtes Telegramm des Sheriffs der benachbarten County vor, in dem um Auslieferung von sechs mordverdächtigen Negern ersucht wurde. Die Negern wurden fortgeführt und vor der Stadt durch Salven getötet.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.
„Neue Zeit“, Heft 34.

Im Verlag von J. D. W. Dieh Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstages.** Historische Skizzen von Dr. Ludwig Frank, Mitglied des Reichstags. Mit einem Anhang: Die Programme der bürgerlichen Parteien Deutschlands. Nr. 13 der Kleinen Bibliothek. 112 S. Preis gebunden 1 Mark, broschiert 75 Pfg. Vereinskäufe 50 Pfg. Bei der begünstigten Wahlbewegung wird das Büchlein das Interesse aller Wähler in Anspruch nehmen und als Ergänzung des Parteihandbuchs dienen können. Die Beigabe der Programme der bürgerlichen Parteien dürfte den Wert der Arbeit nicht unwesentlich steigern.

Aus den Witzblättern.

Die reiche Erbin. „Bringt Ihnen der Karpatenreich eigentlich etwas ein? — „Im vorigen Jahre habe ich fünfzigtausend Mark daraus gelöst! — „Sie scherzen!“ — „Durchaus nicht; da war nämlich eine junge Dame hineingefallen, die habe ich gerettet... und geheiratet.“
Ergänzung. „Sind die gemalten Teller an der Wand nicht stilvoll?“ — „Gewiß; und ein paar Messer und Gabeln müssen Sie noch daneben hängen.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmarb. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Suppenfleisch spart, wer MAGGI'S Suppen mit dem Kreuzstern

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen!**

verwendet. Nur mit Wasser kurze Zeit zu kochen. Mehr als 30 Sorten. — Ein Würfel zu 10 Pfg. gibt 2—3 Teller. Ebenso gehaltvoll und kräftig im Geschmack wie die besten selbstgemachten Fleischbrühsuppen.

„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Am Freitag morgen 3 Uhr nach längerem Leiden unser Kollege **Hermann Thurow.** Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Montag, dem 29. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerter Friedhofes aus statt. Um zahlreiche Beisitzer wird gebeten.

Die Ortsverwaltung.
Lübeck, den 27. Mai 1911.

Zu sofort oder später **Kohlensstraße mehrere Frei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres Kottwitzerstraße 38, et., r.

Zum 1. Juli eine 2-Zimmer-Wohnung m. a. Zubehör zu verm. **Glückw. 3.**

Eine 3-Zimmer-Wohnung mit Land (sch. od. 1. Juli zu verm. **Fr. Schmidt, Moisling.**

Möbl. Zimmer zu vermieten. **Dafelst ein Sportwagen zu verkaufen.** Haguenstr. 28, I.

Ein Sportwagen od. ein verstellbarer Kinderstuhl billig zu verkaufen **Marlesarube 20, Hof, vt.**

Guterhaltener Kinderwagen mit Gummireifen preiswert zu verk. **Reiferstraße 35a, vt.**

Starker Kinderwagen für Marktwecke billig abzugeben. **Johannisstraße 46, II.**

Schwarze Kleiderstoffe, weiße Kleider billig zu verkaufen. **Schildstraße 5.**

Damenrad

wenig gebraucht, billig zu verkaufen. **Reim Lannenhof 4, II.**

Fast neue Bettstelle 8 Mark, **Waschtopf 3 Mark, Waschbaine 2 Mark,** zu verkaufen. **Dankwartstraße 70, I.**

Eine gut erh. 11-köpfige Bettstelle m. Sprungfedern zu kaufen gesucht. **Angeb. mit Preis nach Cronsforder Allee 92a** erbeten.

Zwei fast neue Betten billig zu verkaufen. **Engelsarube 53, I.**

Ein gut erh. Frau zu verkaufen. **Waldstr. 14, v.**

Roman „Draga“ und mehrere kleinere für 2 Mk. zu verkaufen. **Engelsarube 72, III.**

Ein 2-jähriger Ziegenbock zu verkaufen. **Meißelstraße 22a.**

1 grüner Kanarienvogel u. zwei Weibchen, ein zweites und ein fl. **Sechsbauer zu verkaufen.** **Wolbeckstraße 16.**

Verloren ein **Vorterronnie** mit Inhalt vom **Stadtpark-Restaurant** Eis Heiligengeistf. Geg. Belohn. abzugeben. **Arnimstr. 28a, I.**

Kartoffeln blau und gelbe, zu verkaufen. **Schwantauer Allee 131, part.**

Kartoffeln (geunde Ware) 100 Pfd. 2 Mk., **entreeht Depenau 13.**

Kräftigen Sellerie empfiehlt **H. Klemm, Handelsgärtner, Fudenburg.**

Empfehlungskarten **Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.**

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressantesten Erlebnisse und Erfahrungen:

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hauschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in **Heften v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.**



„Ein Volksbuch im besten Sinne“ ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er berichtet, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

60000 Exemplare bereits verkauft

Carl Hagenbeck der bloße Name löst vor den Augen die fesssam anziehendsten Bilder erheben vor ferren Erteilen, deren Jagdgründe die Jäger und Agenten des größten Tierlieferanten der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Bestände verdanken. Allgemein bekannt sind die erkranklichen Erfolge Hagenbeck'scher Tierdressur, die Löwen, Tiger, Wären und andere wilden Tiere in friedlichstem Beieinander zusammenhauen läßt. Carl Hagenbeck's Aufzeichnungen sind **die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.**

Carl Hagenbeck's Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübersehbare anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Beobachtung. Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbeck's Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt.

Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit au Herzen gebendem Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Hagenbeck's Werk keine bloße Unterhaltungsliteratur, es ist ein Bildungs-element ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner lehrhaften Form entkleidet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Geschäftsgenies bereichert.

Benutzen Sie diese einzige sich bietende Gelegenheit Ihre Bibliothek mit dem wertvollsten Buch des Jahres zu bereichern, Ihren Kindern edelste Belehrung und spannendste Unterhaltung zu bieten, und senden Sie nebenstehenden Bestellschein an unsere Expedition.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Bestellschein und empfangen
An die Buchhandlung Dr. Meyer & Co
Unterzeichnet... befehlt hierdurch
Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen
Bestelln. in 21 Lieferungen à 25 Pfg. = 5,25 Br.
nebst einer Einbandkarte für 75 Pfg.
Wöchentlich in eine Lieferung angustellen.
Name und Stand:
Genehm. Adresse:

Größte Auswahl. Billigste Preise.
Elegante fertige Herren-Anzüge
in blau und farbigen Stoffen, 1- u. 2-reihige Fassons
45⁰⁰ 38⁰⁰ 35⁰⁰ 31⁰⁰ 27⁰⁰ 24⁰⁰ 21⁰⁰ 18⁰⁰ 15⁰⁰ 12⁰⁰ **9²⁵** an.

Fert. Ulster u. Paletots in hellen u. dunklen Farben 35.— 29.— 26.— 24.— 12.—	Knaben- u. Jünglings-Anzüge in haltbaren praktischen Stoffen 18.— 14.— 10.— 8.— 6.— 2⁵⁰ 5.— 4.— 3.— 2^M
--	--

Fertige Herren-Beinkleider. Fertige Rock-Anzüge.
Gebr. Vandsburger, 10 **Holstenstraße** 10.
Rote Rabattmarken.

„Brennabor und Florett“ - Fahrräder.
Viele Arbeiter bezeugen mir, daß sie mit meinen Rädern am besten und billigsten fahren. Bekannt kulante Bedienung und erleichterte Zahlungsbedingungen. Sämtliche Reparaturen und Ersatzteile. Schriftliche Garantie.
H. A. Hill Nachflgr., Walter Schmidt, Reparatur-Werkstatt, Johannstraße 9.

Mehrere gebrauchte **Mobilien, Schwämme, Teppiche, Legiton (17 Bd.)** **Schloßer-Werkzeug, zwei alte Fahrräder.**
Fr. Schmidt, Moisling.

Ein gutes Bett für 25 Mk. zu verkaufen. **Schildstraße 5.**

Ein weißer **Spitz** wachsam, billig zu verkaufen. **Engelswisch 33/3.**

Zwei Zugänger zu verkaufen. **Wallstühl 3a.**

Merztlicher Sonntagsdienst
am 28. Mai von 1 Uhr an.
Dr. med. Leonhard, Schulstraße 4.
Dr. med. Hofstaetter, Mühlenstr. 24.
Dr. med. Schnoor, Schwart. Allee 47.

Strickmaschinen
aller Systeme, mit Mk. 30-50 Anzahlung, Katalog gratis. **P. Kirsch, Döbeln.**

Meteor- u. Bismarck-Fahrräder von 90 Mk. an. 2 gebrauchte Damen-Räder a 35 Mk. **Dürkop, fettenlos, billig.** **Wafenismauer 5.**

Große kräftige Ferkel hat zu verkaufen **H. Lange, Mori.**